Zeitschrift: Neujahrsblatt / Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel

Herausgeber: Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel

Band: 175 (1997)

Artikel: Zwischen Isolation und Integration : Geschichte der Katholischen Volkspartei Basel-Stadt 1870-1914

Autor: Meier-Kern, Paul

Kapitel: D.: Die Katholische Volkspartei 1905-1914

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1006836

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

D. Die Katholische Volkspartei 1905–1914

Das Jahr 1905 brachte für die Basler Katholiken, zumindest für die Schweizerbürger unter ihnen, eine entscheidende Wende. Mit einer ganz knappen Mehrheit war das Proporzwahlsystem angenommen worden. Erstmals waren nun die politisch interessierten Katholiken nicht mehr auf das Wohlwollen der Konservativen oder Liberalen, wie sie sich jetzt nannten, angewiesen, sondern konnten aus eigener Kraft versuchen, eine angemessene Vertretung im kantonalen Parlament zu erhalten.

In den 35 Jahren seit der Gründung des Katholikenvereins hatte sich das Gesicht Basels stark verändert. Grosse Wohnviertel waren entstanden, eine Strassenbahn verband die beiden Bahnhöfe, die Marien- und die Josephskirche waren gebaut worden. Zwischen 1870 und 1900 hatte sich die Bevölkerung von 50000 auf 110000 verdoppelt, und die Zahl der Katholiken war von 12000 auf 37000 gestiegen. Das war ziemlich genau ein Drittel der Einwohnerschaft. Allerdings war die Zahl der Ausländer gerade bei der katholischen Bevölkerung sehr gross: Von 45448 Katholiken im Jahre 1910 (zu welchen man damals auch die über 4000 Christkatholiken zählte) waren nur 9833 Kantonsbürger. 10403 waren «übrige Schweizer» und mehr als die Hälfte, nämlich 25212, Ausländer. Viele Katholiken hatten vom neuen Einbürgerungsgesetz (19.6.1902) profitiert. Es brachte die unentgeltliche Aufnahme ins Basler Bürgerrecht für alle Nichtbürger unter 45, auch für Minderjährige, ob Schweizer oder Ausländer, sofern sie wenigstens 15 Jahre im Kanton wohnhaft waren. Es war dies «das billigste Einbürgerungsgesetz der Schweiz»[208].

Unter den Ausländern gab es zweifellos viele Italiener, welche die anhaltende Bautätigkeit nach Basel gelockt hatte, aber zur Hauptsache waren es wohl Deutsche. Viele davon kehrten zu Beginn des Ersten Weltkriegs, 1914, in ihre Heimat zurück, so dass die Zahl der Katholiken 1920 sogar etwas kleiner war als 1910[209]. Dass die Zahl der Katholiken nach 1900 ohnehin im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung etwas zurückging, könnte auch aus der grossen Zahl der Mischehen zu erklären sein, in welchen die Kinder häufig protestantisch erzogen wurden.

Sozial gesehen, waren die Katholiken immer noch in der Unter- und Mittelschicht anzutreffen. Darüber gibt uns eine Untersuchung[210] Auskünfte. An der berufstätigen männlichen Bevölkerung betrug der Anteil der Katholiken lediglich 31%, davon waren überdurchschnittlich viel in der Industrie tätig. Im Baugewerbe waren fast ebensoviel Katholiken wie Protestanten beschäftigt. Im Handel und in Banken kamen auf 4349 Protestanten immerhin 1787 Katholiken, in Unterricht und Erziehung auf 620 Protestanten nur 84 Katholiken (Zahlen für das Jahr 1910).

20. Die Grossratswahlen von 1905–1914

Die Wahlen von 1905

Schon zwei Wochen nach der Proporzabstimmung trafen sich die Delegierten der verschiedenen Sektionen, um ihre Kandidaten-Aufstellung für die Wahl des neuen Grossen Rates im Mai zu beraten. Ernst Feigenwinter warnte vor zuviel Kandidaten, die Folge wäre «Uneinigkeit in der Partei». Anlass zu Beunruhigung gab eine Erklärung des bisherigen Grossrats Damian Meyer-Böhmler. Dieser «lehnt ab, auf einer katholischen Liste zu kandidieren. Bei diesem Vorsatz bleibt er, trotzdem ihm von Dr. Feigenwinter und Dr. Adam dringend abgeraten wird.»[211]

Meyer war nämlich Präsident des von der Sektion ‹Eintracht› abgespaltenen Männervereins Spalen, der eine eigene Liste aufstellte[211a]. – Feigenwinter hätte gerne einen Kandidaten «aus der Mitte unserer hochwürdigen Geistlichkeit» gesehen, doch die Pfarrer Doebeli, der Nachfolger Jurts, und Kaefer, Pfarrer von St. Joseph, weigerten sich ganz entschieden. Feigenwinter regte auch an, einen israelitischen Kandidaten auf die Liste zu nehmen, doch da erhob sich Widerspruch, «weil unsere Wähler nicht genügend für einen solchen Zug vorbereitet sind». (Die Israeliten verfolgten in Sachen Kultussteuern dieselben Interessen wie die Katholiken.)

In der Delegiertenversammlung vom 28. März wurden die Vorschläge der Sektionen bereinigt und diese verpflichtet, die Führer zu kumulieren, also dreimal zu schreiben. «Bezüglich der Benennung der Liste wird auf Antrag des HH. Pfarrer Kaefer der Name *Kath. Volkspartei* (Unterstreichung im Protokoll, M.) mit Hinzufügen des betr. Quartiers gewählt.» Es fand also keine Parteigründung statt, sondern für das Auftreten nach aussen, für politische Zwecke, nannte sich der KV nun Katholische Volkspartei. Infolgedessen war der Präsident des KV ebenfalls Präsident der Partei. Auf einem Beitrittsformular zur Kath. Volkspartei hiess es um 1911: «Der Unterzeichnete erklärt hiemit seinen Beitritt in den Katholikenverein.»[212] Der Name «Katholikenverein» blieb bis 1915 in Gebrauch, dann wurde er abgeändert in «Katholischer Volksverein». «Alle Mitglieder des Kath. Volksvereins Baselstadt, welche im Besitze des schweizerischen Aktivbürgerrechts sind», sind Mitglieder der Kath. Volkspartei Basel-Stadt, heisst es in den damals formulierten Parteistatuten, ferner: «Der Parteivorstand ist identisch mit dem Zentralvorstand des Volksvereins.»[212a] Von dieser Personalunion löste sich die Partei erst 1928.

Für die Regierungsratswahl wurde Enthaltung beschlossen.

Am 1. Mai, knapp vor den Wahlen, wurde den Delegierten erstmals ein Parteiprogramm vorgelegt, das sich in zehn Punkte gliederte[213]:

1. «Bessere Wahrung der volkswirtschaftlichen Interessen der Stadt Basel in der eidgenössischen Politik» (Eisenbahnwesen z.B.).
2. «Vermehrte Öffentlichkeit in der Staatsverwaltung». Man forderte freie Einsicht in das Steuerregister oder «Massregeln gegen den Einfluss der geheimen Gesellschaften auf die Staatsverwaltung». Dazu meinte das BV vom 6. April 1905: «Bekannt ist, dass die beiden Logen, sowohl die St. Jakobsloge wie die alte Loge

zum ‹Neuen Venedig›, es meisterlich verstehen, ihre Brüder in die Behörden hinein zu bringen.»

3. «Obligatorisches Referendum» bei grossen Ausgaben.
4. «Parität für die sämtlichen Konfessionen in der Mitwirkung und Teilnahme in der öffentlichen Verwaltung.» (Auf 39 Richterstellen kam nur ein Katholik, im Lehrkörper der Schulen waren nur 5% katholisch.)
5. «Abschaffung der gegen die Katholiken gerichteten Ausnahmsbestimmungen bezüglich der Unterrichtsfreiheit.» (Eine Nachwirkung der Aufhebung der kath. Schule vor gut zwanzig Jahren. Man forderte auch die Wahl der Schulinspektionen durch die Eltern.)
6. «Durchführung des Grundsatzes des Artikels 49 der Bundesverfassung.» (1905 wandte der Staat für die Kultuskosten der Evang. Ref. Kirche und der Christkatholiken 200000.– Franken auf, für den Unterhalt der kirchlichen Gebäude 250000.– Franken. Daran steuerten auch die Katholiken.)
7. Betraf verschiedene Steuer- und Liegenschaftsfragen.
8. «Sicherung der Spareinlagen» durch Beaufsichtigung der Banken.
9. «Ausdehnung und Verbesserung des Arbeiterschutzes.»
10. «Schaffung neutraler öffentlicher Berufsgenossenschaften» (ganz im Sinne von «Rerum Novarum»), «eines staatlichen Arbeitsamtes und beruflicher Schiedsgerichte.»

Nach eingehender Diskussion wurde dieses Programm angenommen.

Die Nominationen waren schon an der Wählerversammlung der KVP vom 7. April genehmigt worden, wobei Feigenwinter seiner Freude Ausdruck gab, dass «aus dem Katholikenverein eine eigentliche Partei, die Kath. Volkspartei, herauswächst»[214].

Ohne Zweifel war man nun gespannt, wie gross die Stärke der neuen Partei war. Die Zahl der Stimmberechtigten betrug 18608, rund zwei Drittel, 12382, schritten zur Urne, eine grössere Zahl als sonst bei Wahlen, wie in den Zeitungskommentaren hervorgehoben wird. Für die KVP gaben 1202 Wähler ihre Stimme ab, was zu zehn Sitzen reichte. Es ist anzunehmen, dass die Leitung der KVP enttäuscht war. Immer war ja vom katholischen Drittel der Stadtbevölkerung die Rede gewesen – und jetzt gab ziemlich genau ein Zehntel der Wählenden seine Stimme den katholischen Kandidaten. Wie stimmten wohl die übrigen Katholiken? Man muss sich vor Augen halten, dass nur etwa ein Drittel der Katholiken praktizierend war[215], und vom grossen Rest stimmte zweifellos eine grosse Zahl für die Sozialdemokraten, welche 3550 Stimmen und 38 Sitze erhielten[215a].

Enttäuschung klingt denn auch im Kommentar des BV durch, der zwar Freude über die zehn Sitze bekundet, aber anfügt « … wenn auch leider nicht alle unsere Wünsche in Erfüllung gegangen sind». Beklagt wurde vor allem, dass im Spalenquartier Dr. Joos nicht wiedergewählt wurde, sondern Damian Meyer. Viele Katholiken hatten offensichtlich dem «originellen und darum populären Zimmermeister» ihre Stimme gegeben[216]. Ein anderer prominenter Nichtgewählter war Gregor Stächelin, der diesmal bei der KVP kandidiert hatte.

Doch nun zu den Gewählten. Es waren dies (nach Alter geordnet):

Fernand Cuny-Elbel	1848	Weinhändler. Er stammte aus dem Elsass und wollte nach dem Krieg von 1870/71 nicht Deutscher werden.
Ernst Feigenwinter-Kym	1853	Jurist. Damit er sicher gewählt wurde, stellte man ihn im Horburgquartier auf.
Josef Arnet-Vogel	1854	Kaufmann, Spezereihändler
Carl Gutzwiller-Meyer	1856	Bankier
Albert Lumpert-Tanner	1858	Schuhhändler an der Eisengasse
Othmar Kully-Gutzwiller	1858	Jurist, Schwager von C. Gutzwiller. Kully hatte im Kanton Solothurn dem Kantonsrat angehört und brachte eine «reiche politische Erfahrung» mit. «Deshalb war er auch nicht im Grossbasel, sondern in Kleinbasel, wo seine Wahl sicherer erschien, aufgestellt worden.»[217]
Alfred Adam-Simon	1864	Arzt
Heinrich Amlehn-Züst	1868	Kaufmann (Leiter der Verkaufszentrale der Ofenfabrik Sursee). Bis zum 80. Altersjahr Strafrichter.
Camille Bauer-Judlin	1871	Elektrotechniker. Seine Eltern betrieben das Gasthaus zum Kreuz in Mariastein.
Emil Krummenacher-Stalder	1872	Wirt, gegenüber der Josephskirche.

Das Durchschnittsalter der zehn Grossräte war 45. Keiner war Staatsangestellter, diese waren fast alle freisinnig, keiner war Arbeiter, ein solcher hätte für die Grossratssitzungen kaum frei bekommen. Damals waren die katholischen Arbeitervereine erst in Entstehung begriffen. Zudem betrachtete man allgemein Feigenwinter als Arbeitervertreter[218].

Von den neu Gewählten verdient es einer, herausgehoben zu werden: der Bankier Carl Gutzwiller-Meyer. Wie Feigenwinter stammte er aus dem Birseck, wo sein Vater Regierungsstatthalter war. Nach Lehrjahren in Frankreich und Indien gründete er 1886 das Bankhaus Gutzwiller. Fünfzehn Jahre gehörte er der Vorsteherschaft an, 1903–1910 war er deren Präsident. Dem Grossen Rat gehörte er bis 1920 an; sein «Anzug Gutzwiller» leitete die Trennung von Kirche und Staat in Basel ein (s.u.). Von 1921–1928 war er Mitglied des Engeren Bürgerrats. Gross war sein Engagement für soziale und kulturelle Werke (z.B. Historisches Museum). Er starb 1928. – Auch seine Gattin Emilie muss hier erwähnt werden. Sie löste die erste Präsidentin der Basler Sektion des Mädchenschutzvereins, Frau Feigenwinter-von Blarer, ab und erreichte 1912 die Gründung des Schweiz. Katholischen Frauenbundes[219].

Die Wahlen von 1908

Diese Wahlen standen für die KVP schon ganz im Zeichen der Auseinandersetzung zwischen dem Staat und den Kirchen resp. der geplanten Neuordnung ihrer Verhältnisse.

Die wichtigste Forderung des «Anzugs Gutzwiller» war, dass die Katholiken mit ihren Steuern nicht mehr die Kultusbedürfnisse der Landeskirchen (Evang. Ref. Kirche und Christkath. Kirche) mitzubezahlen brauchten, ein Argument, das auch unpolitischere Katholiken überzeugte und an die Urne brachte. Anders lässt sich das Anwachsen der Zahl der katholischen Grossräte von zehn auf siebzehn kaum erklären.

Bezeichnenderweise steht der Grundsatz, «dass niemand Steuern bezahlen soll zu Kultuszwecken einer Konfession, der er nicht angehört», gleich unter Nummer 1 des Programms der KVP 1908–1911[219a]. Sonst unterscheidet es sich nicht wesentlich vom Programm von 1905. Auf einige Punkte hatte man verzichtet, so auf «Öffentliche Beratung des Zivilgerichts», auf «Freie Einsicht in das Steuerregister» oder auf «Abschaffung der Kosten des Wassers». Neu forderte man unter anderem

- eine staatliche Zentralstelle für die Beschaffung von Bureau-Utensilien, Drucksachen und Büchern,
- grössere Sparsamkeit auf allen Gebieten des Staatshaushalts,
- freie Wahl der Gewerkschaft (für Arbeiter, M.),
- Einführung einer staatlichen Invaliden- und Altersversicherung,
- staatliche Massnahmen zur Beschaffung billiger Wohnungen.

Für etliche dieser Postulate sollten sich katholische Grossräte in der folgenden Legislaturperiode stark machen (s.u.). Im BV wurden einige dieser Forderungen ausführlicher begründet; das Dilemma war ja, dass es galt, die Arbeiter bei der Stange zu halten und gleichzeitig die Gewerbetreibenden nicht zu verärgern. So wurde z.B. die «Zentralstelle» gefordert mit der Feststellung, es hätte sich im Laufe der Zeit eine Art «Hoflieferantentum» in der Verwaltung herausgebildet. Auch wollte man die Hauseigentümer von Strassenreinigungs- und Beleuchtungssteuern entlasten. Anderseits verlangte man eine angemessene Erhöhung der Besoldung der Beamten und Angestellten oder eine Erweiterung der Poliklinik, was alles im Interesse der Arbeitnehmer lag. Durch diese Taktik bildete sich die Gefahr, dass die Fraktion Wasser nach links und nach rechts tragen musste (s.u.).

Wiederum meldeten die Sektionen ihre Kandidaten an; zwei Bisherige traten zurück, nämlich F. Cuny und J. Arnet; Damian Meyer zog wiederum mit dem Männerverein Spalen und nicht mit der «Eintracht» ins Rennen. Das BV schlug eifrig die Werbetrommel, warnte in beredten Worten vor dem Panaschieren und liess ein pathetisches Gedicht «An die Katholiken!» erscheinen:

«Ihr Männer auf! Zur Urne all!
Zum Kampf der edlen Sache!
In Schaaren vorwärts an den Wall!
Der Starke und der Schwache!
Der Schlachtruf, der die Stadt erfüllt
Und mächtig drängt zur Letze
Und wie der Donner dröhnend schwillt
Heisst: Gleich vor dem Gesetze!» usw.

Neben den Bisherigen (der Wirt Krummenacher wurde nicht mehr gewählt) schafften zehn Neue den Sprung in den Rat:

Anton Eichkorn-Maurer	1851	Holzhändler
Gregor Stächelin-Allgaier	1852	Baumeister
Georg Schnurr	1854	Baumeister
Isidor Rey-Borer	1860	Kaufmann
August Disch-Jacek	1865	Eierhändler
Alfred Anklin-Martin	1870	Schreinermeister
Albert Joos-Stamminger	1875	Advokat
Richard Lachenmeier-Binzler	1876	Schreinermeister
Henry Cuny-Weingartner	1880	Kaufmann
Rudolf Niederhauser-Freivogel	1881	Dr. iur., Redaktor des BV

Neben dem Parteipräsidenten wurden auch gewählt der junge Rudolf Niederhauser (1881–1966) sowie Gregor Stächelin. Niederhauser sollte 1908 Verwalter (Direktor) des ACV und 1919 der erste katholische Regierungsrat werden. Stächelin wurde, wie er selber schreibt[221], «mit Hilfe der Handwerker und Gewerbetreibenden» gewählt. Er kandidierte nicht mehr beim Freisinn, weil diese Partei «ihren Einfluss nach meinem Dafürhalten auf zu weitgehende und das Gemeinwesen schädigende Weise ausgenutzt» hatte. Allerdings richtete sich auch die KVP – nach Stächelins Ansicht – «nach der Volksgunst» und beteiligte sich an der «Beutefeldzugspolitik». (Damit wird in diesem Zusammenhang wohl die Jagd der Parteien nach Wählern gemeint sein.) Deswegen geriet Stächelin oft auch mit der KVP in Schwierigkeiten – und die Partei mit ihm, wie noch aufzuzeigen sein wird.

Im BV zog man nach den Wahlen Bilanz, und man fragte sich, woher der Erfolg wohl komme. Man glaubte ihn in den Grundsätzen zu finden, aber auch in der unablässigen Arbeit der Fraktion in den vergangenen drei Jahren. Dazu seien Ungeschicklichkeiten der Gegner gekommen. So hätten die Freisinnigen in ihren Zeitungsartikeln, «namentlich aber in ihrem Zirkular zu den alten Waffen des Kulturkampfes»[222] gegriffen. Man gönnte ihnen ihre Niederlage, denn nun waren sie, die so lange die Mehrheit im Rat besassen, von der SP überrundet worden. – Den Erfolg verdankte die KVP offenbar auch der zielbewussten Arbeit in den Sektionen, die von einem zentralen Agitationskomitee überwacht und geleitet wurde. Die gezielte Aufklärung der Katholiken über das Wesen des Proporzes dürfte ebenfalls eine Rolle gespielt haben[223]. Die freisinnige NZ betrachtete den Erfolg der «ultramontanen Partei» – so nannte sie die KVP noch 1908! – als Resultat ihrer «beispiellosen Agitation». Die liberalen BN urteilten differenzierter. Auch sie sprachen zwar von «raffinierter Demagogie», meinten aber, die Katholiken hätten die ungelöste Kirchenfrage «weidlich ausgenützt», und glaubten schliesslich auch, bei den seit 1905 neu Eingebürgerten (es waren 1401) sei das katholische Element relativ stark vertreten.

Aber integriert waren die Katholiken immer noch nicht. Noch 1911 wird ein Gespräch zwischen zwei Schülern überliefert: «Bist du auch katholisch?» – «Nein, ich bin Basler»[225].

Die Wahlen von 1911

Für das Jahr 1911 hat sich ein Mitgliederverzeichnis des KV[226] erhalten, welches 1590 Namen, aufgeteilt in acht Männervereine (Riehen inbegriffen), enthält. Diese Vereine waren gleichzeitig Sektionen der Partei und entsprachen den neun Wahlquartieren, wobei der Männerverein St. Clara für das Riehen- und das Bläsiquartier, der Männerverein Stadt und Steinen für diese zwei Quartiere zuständig war. Die grösste Sektion war der Männerverein, der sich um die St. Josephskirche scharte: Horburg-Kleinhüningen, mit 315 Mitgliedern. Über das Alter gibt das Verzeichnis keine Auskunft, hingegen über die Berufe. Daraus könnte man schliessen, dass etwa ein Drittel der Mittelschicht angehörte, zumeist als Handwerksmeister (Schreiner, Schuhmacher, Bäcker, Coiffeur, Spengler etc.). Knapp zwei Drittel zählten wahrscheinlich zur Unterschicht (viele Farbarbeiter, Fabrikarbeiter, Handwerksgesellen, ferner Erdarbeiter, Müllerknecht, Briefträger, Fahrknecht, Nachtwächter, Ausläufer, Taglöhner usw.). In einem Büro arbeiteten 23 Männer, in gehobenen Berufen 11: Architekten, Geistliche, Fabrikanten, Geschäftsführer.

Allerdings wird diese Zuordnung zu einer Schicht relativiert bei einem Blick ins Register der Einkommenssteuer 1911[226a], wie er bei etwa fünfzig Berufsleuten möglich war. Da zeigt sich, dass vier Mitglieder keine Steuern bezahlen konnten, darunter ein Fabrikant, ein Schneidermeister und ein Schuhmachermeister. Sie verdienten offenbar weniger als 1200 Franken im Jahr. 17 verdienten bis 2000 Franken und bezahlten maximal acht Franken, 15 hatten ein Einkommen bis 3000 Franken. Ihre Steuer betrug höchstens 24 Franken. Nur 12 Männer verdienten mehr als 3000 Franken (Basis der Berechnung: verheiratet. Der Kinderabzug betrug einen Franken pro Kind). Zum Vergleich: Ein Schreiner hatte 1910 ein Einkommen von 2002 Franken, sofern er 52 Wochen arbeitete[226b].

Zu den Mitgliedern der Sektionen gesellten sich bei den Wahlen noch etwa 100–200 weitere Katholiken, so dass man mit etwa 1700 katholischen Wählern rechnen konnte, bei etwa 4000 katholischen Stimmbürgern. Dieser prozentuale Wähleranteil von ungefähr 40% der katholischen Stimmberechtigten sollte jahrzehntelang bestehen bleiben.

Das Programm für die Wahlperiode 1911–1914 deckt sich weitgehend mit demjenigen von 1908. Neu verlangt wird die Revision des Schul- und des Lehrlingsgesetzes, die Errichtung von Anlagen und Spielplätzen in den Industriequartieren, die Subventionierung von Arbeiter-, Fach- und Bildungskursen sowie das aktive und passive Wahlrecht für Arbeiterinnen bei den gewerblichen Schiedsgerichten und Einigungsämtern. An den Wahlen von 1911 beteiligten sich neu neben einer Demokratischen Partei, die leer ausging, auch erstmals die Fortschrittliche Bürgerpartei, die spätere Bürger- und Gewerbepartei. Sie brachte neben anderen auch ihren Chef in den Grossen Rat: den ehemaligen Präsidenten der RKG und das ehemalige KVP-Mitglied Dr. Emil Peter, den Vater des späteren Regierungsrats Dr. Carl Peter. In seinem Nachruf nennt ihn der «Basler Anzeiger» vom 3. Mai 1928 den «Repräsentanten der bürgerlichen ‹Reaktion›» sowie «den erklärten Antipoden des prominenten christlichsozialen Führers Ernst Feigenwinter». Es

scheint nicht ausgeschlossen, dass diese neue Partei der KVP Stimmen von rechtsstehenden Katholiken weggenommen hat. Jedenfalls konnte die KVP 1911 nicht mehr zulegen, sondern eroberte, wie 1908 schon, und trotz der Teilnahme an der Regierungsratswahl, lediglich siebzehn Sitze, wie bisher. Nicht mehr gewählt wurden A. Lumpert (er hatte nicht mehr kandidiert), A. Eichkorn, G. Schnurr und Jakob Asch (dieser hatte schon 1909 A. Disch ersetzt).

Die vier Neuen waren der Arzt Dr. Albert Oesch, Kaspar Späni, Commis, der Schreinermeister Sebastian Billich und Alphons Münch, Mechanikermeister.

Walter Lüthi[227] gibt uns interessante Informationen zu Wählern und Gewählten:

Der theoretische Wähleranteil der KVP betrug 13,2% (1905: 10,3%). Die Altersstruktur der neuen Fraktion sah folgendermassen aus:

5 waren zwischen 30–40 Jahre alt,
5 waren zwischen 40–50 Jahre alt,
7 waren zwischen 50–60 Jahre alt,
15 waren Basler Bürger (aber nur von 6 waren schon die Eltern Basler),
2 waren Schweizer Niedergelassene,
6 katholische Grossräte waren Offiziere.

Beruflich waren 3 Advokaten, 1 Redaktor, 2 Ärzte, 5 Grosskaufleute, 1 Bankier, 4 Handwerksmeister, 1 öffentlicher Angestellter – also nicht gerade ein Spiegelbild der berufsmässigen Zusammensetzung der Partei.

Insgesamt waren 26 Grossräte katholisch, davon 5 bei der SP.

Aber für die KVP von ebenso grosser Bedeutung war die Teilnahme an der Regierungsratswahl. Als Kandidat kam nur Ernst Feigenwinter in Frage, der sich nach einigem Zögern (s. Kasten S. 92) für dieses aussichtslose Unterfangen zur Verfügung stellte. Denn ernstlich hatte, allen verbalen Beteuerungen zum Trotz, wohl niemand seine Wahl erwartet. Die Kandidatur von Feigenwinter wird wahrscheinlich zwei Gründe gehabt haben. Erstens wollte man damit mehr Schwung in die Grossratswahlen bringen. Und zweitens sollte der Proporzgedanke auch für die Regierungsratswahlen einmal mehr ins Spiel gebracht werden. «Uns Katholiken gebührt endlich einmal eine Vertretung in der Regierung. Dies anerkennt man freimütig in den weitesten Kreisen unserer Bevölkerung. Aber freiwillig gibt man uns diese Vertretung doch nicht. Wir müssen sie erkämpfen.»[228] Wieso gestand man den Katholiken diese Vertretung nicht zu? Offensichtlich waren die Katholiken und ihre Partei 1911 noch weit davon entfernt, von der Mehrheit der Stimmbürger ernst genommen zu werden. Noch immer waren sie die von Rom ferngesteuerten «Ultramontanen». «Die Aufforderung der NZ, die freisinnige Bürgerschaft möge dem ultramontanen Fanatiker den Eintritt in die Regierung wehren und den Ultramontanen den Zugang zu den Departementen verrammeln, wird noch lange in unserer Erinnerung haften bleiben. Ebenso der maliziöse Hinweis der BN auf die Direktiven via Rom, welche ein katholischer Regierungsrat erhalten würde», meinte das BV vom 16. Mai 1911. Eine reelle Chance hätte Feigenwinter wohl gehabt, wenn er von den Sozialdemokraten unterstützt worden wäre. Deshalb zeigte man sich enttäuscht, dass die

Regierungsratswahlen 1911 – Feigenwinter ziert sich.

... Hierauf verliest der Herr Präsident (Dr. Joos, M.) ein Schreiben von Herrn Dr. Feigenwinter, laut welchem er geneigt wäre, unter folgenden Bedingungen eine Kandidatur anzunehmen:
1. Nachdem Herr Dr. Kully anlässlich der letzten Ersatzwahl als Kandidat förmlich aufgestellt worden ist, halte ich es für selbstverständlich, dass man ihn jetzt, wo die Chancen etwas günstiger sind, wieder vorschlägt. Das ist mein erster Antrag.
2. Sollte Herr Dr. Kully definitiv ablehnen, so schlage ich vor, eine unserer jungen Kräfte, Dr. Adam, Dr. Joos, Dr. Niederhauser oder Prof. Dr. Stückelberg ins Auge zu fassen. Bekanntlich ist ein Durchfall jungen Knochen weniger schädlich als alten.
3. Sollte aber keine der genannten Personen und auch sonst kein einziger Mann sich hergeben wollen, so bitte ich zu erwägen, dass ich im Anwaltsberuf bis jetzt meine Lebensaufgabe sah und darin auch meine Befriedigung und mein rechtes Auskommen fand, das Amt eines Regierungsrats würde mir alles das nicht in gleichem Mass bieten. Man erweist mir also, bei aller Achtung vor dem mir bezeugten Zutrauen und bei aller Anerkennung der Ehre eines solchen Vorschlags keinen Dienst, wenn man meine Kandidatur aufstellt.
4. Ist nun aber die Delegiertenversammlung der Meinung, dass meine Kandidatur dazu beitragen könnte, einen möglichst kräftigen Vorstoss zu führen und den Katholiken einmal auch den Weg zum Regierungstisch zu öffnen, so mag man es probieren. Ich will dann dieses Opfer bringen. Ich bemerke aber ausdrücklich, dass ich mir eine definitive Entscheidung über Annahme der Wahl durchaus vorbehalte ... Aus dem KV-Protokoll vom 17. März 1911

Sozialdemokraten Stimmenthaltung beschlossen hatten, die Partei also «nicht den Willen besitzt, dem theoretisch auch von ihr propagierten Prinzip des Regierungs-Proporzes praktisch zum Durchbruch zu verhelfen»[229]. Und nach der Niederlage Feigenwinters im zweiten Wahlgang (im ersten waren ausgerechnet die beiden freisinnigen Kandidaten nicht gewählt worden) wurde das BV[230] noch deutlicher: «Dass die sozialdemokratischen Parteimatadoren, in erster Linie die beiden Regierungsräte (es waren Wullschleger und Blocher, M.), den Beschluss auf Stimmenthaltung herbeiführen konnten, wirft ein eigentümliches Licht auf die Abhängigkeit dieser Partei von gewissen Parteigrössen.» Es scheinen antiklerikale und antikirchliche Affekte mitgespielt zu haben. «Angesichts dieser Umstände verzichten wir gerne darauf, auszurechnen, wie es etwa gekommen wäre, wenn die Sozialdemokraten die Stimmen freigegeben oder gar... die Kandidatur Dr. Feigenwinters unterstützt hätten», bemerkte das BV.

Tatsächlich war es nicht so lange her, dass sich Feigenwinter für die Wahl Wullschlegers eingesetzt hatte. Und wie hätten sich die Katholiken während des Landesstreiks 1918/19 wohl verhalten, wenn ihr Kandidat dank der Unterstützung der SP Regierungsrat geworden wäre? Wären sie wohl auch so vehement nach rechts abgedriftet und hätten sich deswegen das Wohlwollen der Liberalen und des Freisinns erworben?

Die Wahlen von 1914

Alle etwaigen Spekulationen auf eine Unterstützung durch die Sozialdemokratie hatten sich drei Jahre später in Luft aufgelöst. Die KVP fühlte sich von Gegnern umringt, «allen voraus eilen die Sozialdemokraten mit ihren Knüppeln auf uns los und hauen mit fanatischem Hasse auf uns ein», stand im BV vom 1. Mai 1914. Stein des Anstosses war die Forderung der Katholiken, der Religionsunterricht möge neu gestaltet werden, d.h. der neutrale, konfessionslose Bibelunterricht solle abgeschafft und durch Religionsstunden ersetzt werden, die durch Religionslehrer der betr. Konfession während der Schulzeit und im Schulzimmer erteilt würden. Der Freisinn seinerseits behauptete, die KVP würde Geistliche in den Wahlkampf schicken, während die Liberalen «bereits Angst vor einer Beherrschung des Kantons durch Katholiken und Sozialdemokraten» hätten. «Ringsum Feinde!» meinte das BV. «Aber wir fürchten uns nicht.»

Das Programm 1914–1917 glich in den meisten Punkten demjenigen von 1911. Aber es waren doch wieder einige neue Postulate dazugekommen, so die «politische Wiedervereinigung von Baselstadt und Baselland». Im Abschnitt IV wurde die «Abwehr eines ungesunden Staatssozialismus» verlangt: «Eine Verstaatlichung ist überall da abzulehnen, wo der privatwirtschaftliche Betrieb ohne soziale Gefährdung den Anforderungen des wirtschaftlichen Gesamtwohls zu genügen vermag.»

Weiter forderte man «Strafbestimmungen gegen Empfehlung und Vertrieb konzeptionsverhindernder Mittel», ferner «bessere Handhabung der Strassenpolizei in Bezug auf den Automobilverkehr».

Wie schon oft, lag der KVP der Mittelstand besonders am Herzen, seine wirtschaftliche Lage sollte verbessert werden. Auch die gewerkschaftlichen Monopolbestrebungen wurden kritisiert und ein freies Koalitionsrecht verlangt.

Für den Wahlkampf, erstmals in den noch heute bestehenden drei Wahlbezirken für die Stadt, hatte man wieder die Sektionen mobilisiert. «Der KVP muss man es lassen: Sie versteht sich auf die Propaganda», meinte anerkennend die NZ[231]. Doch es reichte zu nicht mehr als den bisherigen siebzehn Sitzen. Wahrscheinlich hatte die forsch auftretende Bürgerpartei wiederum Stimmen von Katholiken erhalten. Sie eroberte ebenfalls siebzehn Sitze (1911: sechs). Für die nicht mehr gewählten Dr. Adam und J. Rey (beide kandidierten nicht mehr), R. Lachenmeier, S. Billich und A. Münch kamen neu in den Grossen Rat der Postbeamte und spätere Nationalrat Max Zgraggen, der Advokat Dr. Arnold Silbernagel, Staatsanwalt Dr. Franz Freuler, der Landwirt Alois Stebler und Anton Auf der Maur, Redaktor des BV.

Die Fraktion setzte sich nun zusammen aus sechs Juristen, acht selbständig Erwerbenden (Kaufleute, Handwerksmeister) und drei Arbeitnehmern.

Weitaus spannender als die Grossratswahlen verliefen aber die Regierungsratswahlen. Da 1914 der angesehene Dr. Paul Speiser, liberal, zurückgetreten war, galt es, einen Sitz neu zu besetzen, auf den natürlich die Liberalen mit Dr. Miescher Anspruch erhoben. Daneben aber kandidierten für die Demokraten Polizeiinspektor Müller und für die KVP, die nun beinahe die Stärke der Liberalen erreicht hatte, wiederum Dr. Ernst

An die katholischen Stimmberechtigten!

Werte Mitbürger!

Die Großratswahlen stehen wieder vor der Türe und wir gelangen mit dem dringenden Appell an Euch, Euere Stimme der

Liste V der katholischen Volkspartei

zu geben.

Katholische Mitbürger!

Wollt Ihr daß unsere katholische Volkspartei auch künftig in der Lage ist, in der Politik allen freidenkerischen Tendenzen gegenüber Euere Prinzipien mannhaft und entschieden zu vertreten;

Wollt Ihr daß insbesondere die aktuelle Frage des Religionsunterrichtes in der Volksschule in einer den katholischen Bedürfnissen entsprechenden Weise geregelt wird, durch Abschaffung des konfessionslosen Bibelunterrichts und Ermöglichung des konfessionellen Religionsunterrichts im Rahmen des normalen Schulplanes;

Wollt Ihr daß wir Katholiken im Basler Gemeinwesen nicht nur die theoretische, sondern auch die praktische Gleichberechtigung haben und bei der Besetzung der Staats- und Lehrerstellen, in den staatlichen Kommissionen und Inspektionen gebührend berücksichtiget werden;

Wollt Ihr daß in unserem Staate ein vernünftiges Sparsystem eingeführt wird, ohne Benachteiligung der Staatsangestellten;

Wollt Ihr daß ohne Klassenkampf und Klassenhaß, für den Mittelstand und Arbeiterstand gleichmäßig gesorgt und jedem das Seine zugesprochen wird, wie Recht und Billigkeit das verlangen,

so tretet geschlossen und einmütig ein für die umstehend verzeichneten Kandidaten der katholischen Volkspartei.

Legt die Liste (V) der katholischen Volkspartei unverändert in die Urne!

Aufrufe für die Wahlen von 1914.

Feigenwinter. Im ersten Wahlgang erreichte nur der parteilose Fritz Mangold das absolute Mehr, die andern Kandidaten mussten sich einer Stichwahl unterziehen; Müller verzichtete.

Die Sozialdemokraten konzentrierten sich ganz auf ihre beiden Regierungsräte Wullschleger und Blocher, die Freisinnigen auf Aemmer und Stöcklin. Dieser passte nun den Liberalen nicht mehr, er war als Person umstritten. Deshalb stellten die Liberalen eine Fünferliste auf: den unbestrittenen C. Chr. Burckhardt, Miescher, Wullschleger und Blocher, und als einzigen Freisinnigen Aemmer. Dies brachte die Freisinnigen aus dem Häuschen; kurz vor dem Wahltermin meinte die NZ, offenbar «sollte Stöcklin zugunsten von Dr. Feigenwinter gesprengt werden»[232], und sie rief dazu auf, Miescher keine Stimme zu geben. In einem «Eingesandt» wurde darauf hingewiesen, dass die KVP die beiden Freisinnigen auf ihre Liste genommen hatte. Darum, so der Schreiber, «seien daher auch wir loyal, indem wir Herrn Dr. Feigenwinter unsere Stimme zuwenden». Das wiederum versetzte die Liberalen in helle Aufregung. Ihr Kandidat Miescher war nun ernstlich bedroht, und Feigenwinter hatte erstmals eine reelle Chance, Regierungsrat zu werden. In letzter Minute, am Samstagmorgen, lancierten sie Flugblätter und mobilisierten den bewährten Katholikenschreck. «Protestantisches Basel habe Acht!» hiess es da in altem Kulturkampfstil (vgl. Kasten S. 98). In derselben Sprache hatte schon am 9. Mai der dem Gewerbe nahestehende «Basler Anzeiger» versucht, Feigenwinter unmöglich zu machen. Es könne, hiess es da, wie in Deutschland geschehen, auch bei uns der Fall eintreten, dass Feigenwinter nach Weisungen handle, die «beispielsweise der Pfarrherr der Heiliggeistkirche, Herr Pfarrer Robert Mäder, erteilt oder approbiert hat». (Pfarrer Mäder hatte offenbar schon damals den Ruf eines konsequenten Integralisten.) Der Schreiber des Artikels meinte, die NZ empfehle Feigenwinter zur Wahl und würde so «die Basler Freisinnige Partei vor der ganzen Eidgenossenschaft blamieren». – Das BV berichtete auch von einem Blättlein, das im Kleinbasel verteilt worden sei und in welchem unter anderem stand: «Sitzt Dr. Feigenwinter einmal in der Regierung, so wird er an Rom denken und nicht ans Kleinbasel.»[233]

Diese Aktionen in letzter Stunde hatten Erfolg, denn Feigenwinter unterlag Miescher mit 3929 gegen 4896 Stimmen.

Im Wahlkommentar vom 12. Mai 1914 bedauerte das BV, dass «die Partei des guten, alten Basel, der Intelligenz und des Besitzes… zu der banalsten konfessionellen Hetze griff, um nicht einen Teil ihres Besitzes der Katholischen Volkspartei abtreten zu müssen!» Kühler urteilte der «Vorwärts» vom 12. Mai. Er war der Ansicht, Feigenwinter wäre gewählt worden, wenn er etwa zehn Jahre jünger wäre.

Tatsächlich war 1914 Feigenwinter schon 61. Es war das letztemal, dass er als Regierungsrat aufgestellt wurde. 1915 zog man mit Dr. Hans Abt, 1917 mit Dr. Rudolf Niederhauser ins Rennen. Auch erfolglos. Erst nach dem Generalstreik, nachdem die KVP sich als solid rechtsstehend und bürgerblocktreu erwiesen hatte, kam sie, in der Person Niederhausers, zu einem Vertreter in der Regierung.

An die Stimmberechtigten des Kantons Basel-Stadt!

Werte Mitbürger!

Warum stimmen wir bei den Stichwahlen für den Regierungsrat für Herrn

Dr. Ernst Feigenwinter

und nicht für Herrn Dr. Miescher?

1. Man kennt Herrn **Dr. Miescher** als schneidigen Offizier und schneidigen Konkurs- und Betreibungsbeamten. Da mag er am rechten Platze sein, aber „prädestiniert" zur Regierung sind solche Männer deshalb noch nicht.

2. **Die Liberale Partei** hat nur wenige hundert Stimmen mehr hinter sich, als die katholische Volkspartei.

Ist es recht, daß diese Partei, die ja überdies noch in Regierungsrat Mangold einen Mann ihres Vertrauens erblickt, durch weitere zwei Regierungsräte, die katholische Volkspartei aber gar nicht in der Regierung vertreten sei?!

3. Dr. Miescher ist ein junger Mann, der überhaupt erst seit drei Jahren dem Großen Rate angehört und während dieser Zeit parlamentarisch sich kaum bemerkbar gemacht hat. **Dr. Feigenwinter** hat eine zwanzigjährige Tätigkeit im Großen Rate und eine reiche Erfahrung hinter sich.

Je und je hat er sich der Interessen des **Mittelstandes** und des **arbeitenden Volkes** angenommen. Unsere **Mittelständler** erinnern wir an seine energische **Tätigkeit im Hausbesitzerverein,** an seine Verdienste um die **Revision des Straßenkorrektionsgesetzes** und insbesondere auch an seinen **Kampf gegen die Sonderbesteuerungen** der Hausbesitzer.

Das gleiche Interesse brachte er aber auch stets dem **Arbeiterstande** entgegen. Er war es, der die **Interessen** desselben stets **gegen Wucher** und **Ausbeutung** zu wahren unternahm und schon in den neunziger Jahren bei Beratung des Börsengesetzes **gesetzliche Maßnahmen zum Schutze der Sparkassengelder** gegen Börsenspekulanten verlangte; er war es, der noch in jüngster Zeit den bekannten **Bankier Bauder** rechtzeitig am Kragen packen wollte.

4. Was hat **Dr. Feigenwinter** in seiner vierzigjährigen politischen Tätigkeit sodann nicht an positiver Arbeit für die Arbeiterschaft geleistet? Selbst aus kleinbäuerlichen Verhältnissen hervorgegangen, stand er auf Seiten des arbeitenden Volkes, als die sozialdemokratische Partei in Basel noch keine Rolle spielte, und als es noch Mut brauchte, für Sozialreform einzustehen.

Seit 25 Jahren gehört **Dr. Feigenwinter** ununterbrochen dem Vorstand des **Schweizerischen Arbeiterbundes** an, wo er an so manchen Arbeitstagen für Erweiterung der Haftpflicht,

für Verbesserung der Fabrik- und Gewerbegesetzgebung, für eine nicht bürokratische Kranken- und Unfallversicherung, für Unterstützung der freien Krankenkassen und eine Reihe anderer sozialer Postulate, namentlich auch für den **Schutz des Koalitionsrechtes** der Arbeiter eingetreten ist.

5. **Dr. Feigenwinter** ist in Anbetracht seiner Verdienste um die Sozialreform seit 1900 fast ständiger Vertreter der Schweizerischen Sektion der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz und gegenwärtig Mitglied des Bureaus dieser Vereinigung. In dieser Vereinigung hat er mit größtem Erfolge die Gleichberechtigung der Inländer und Ausländer im Versicherungsrecht verfochten.

Und wie manchem unfälligen, verunglückten Arbeiter und wie mancher durch Verlust eines Gliedes geschädigten Arbeiterfamilie hat er seit seiner fünfunddreißigjährigen Anwaltstätigkeit zum Recht verholfen?

6. Und wem verdanken wir es in Basel, daß wir zu einem segensreich wirkenden Gesetz über das **Einigungsverfahren** und zur jetzigen Form der **obligatorischen Krankenversicherung** gekommen sind? Nächst der sozialdemokratischen Fraktion doch vorzugsweise Herrn **Dr. Feigenwinter** und seiner Fraktion.

7. Man schilt Dr. Feigenwinter einen fanatischen Ultramontanen. Er ist ein überzeugter, praktizierender Katholik und machte daraus nie ein Hehl. Aber wo hat er je die Ueberzeugung anderer verletzt? Trat er seinerzeit nicht ebenso tapfer für die **Heilsarmee** ein, als sie noch verachtet und verfolgt war, wie für seine eigenen Glaubensgenossen?

Ein solcher Mann gehört in die Regierung!

Es wäre ein Akt der Intoleranz, der Ungerechtigkeit gegen die Katholiken Basels, wenn man jetzt, wo uns die katholische Volkspartei einen bewährten Staatsmann vorschlägt, sie zurückweisen und unverdientermaßen einem Drittel unserer ganzen Bevölkerung vor den Kopf stoßen würde. Wir dürfen daher wohl erwarten, daß **Gerechtigkeitssinn und Klugheit die Stimmberechtigten Basels veranlassen werden, Herrn**

Dr. Ernst Feigenwinter

in die Regierung zu wählen.

Das Centralkomite
der katholischen Volkspartei.

Rotationsdruck des Basler Volksblatt.

Ein Wahlmanöver in letzter Stunde

Am Freitag Abend hat sich die freisinnige „**National-Zeitung**" vor den ultramontanen Karren gespannt: sie fordert ihre Leser auf, **für Dr. Feigenwinter zu stimmen.** Sie tut dies in verblendetem Hass, um den Sieg **Dr. MIESCHERS** zu verhindern, der letzten Sonntag vor den andern neuen Kandidaten weit im Vorsprung war, und sie tut dies, obwohl sie noch am 2. Mai die Ziele der Partei, deren unbestrittener Führer Dr. Feigenwinter ist, „**direkt staatsfeindlich**" genannt hat.

Protestantisches Basel habe Acht!

Das einzige Mittel, die von der „National-Zeitung" befürwortete Wahl von Dr. Feigenwinter zu verhindern, ist jetzt

geschlossen für Dr. Miescher zu stimmen.

Freisinnige, die ihr an die ehrenvolle Vergangenheit Eurer Partei denkt, protestantische Wähler aller Parteien! Legt Euch eine Frage vor, die noch vor acht Tagen **die gleiche „National-Zeitung"** an ihre Leser richtete: Sie lautete:

> **„Was wird wohl folgen, wenn Herrn Dr. Feigenwinter als kathol. Regierungsrat seine Glaubensgenossen in den Daunen des Staates mollig gebettet haben werden?"**

Und wenn Ihr diese Frage in Euerm Innern beantwortet habt, dann stimmt wie **ein** Mann für

Dr. Rudolf Miescher

Viele Basler Protestanten.

21. Nationalrats- und Gerichtswahlen

Sowohl 1905 als auch 1911 beteiligte sich die KVP an den *Wahlen in den Nationalrat.* 1905 war Ernst Feigenwinter der Kandidat. Sein Programm legte er am 27. Oktober, in einer Rede vor einer Wählerversammlung in der Burgvogtei, dar. 600 Männer waren erschienen, «der hochwürdige Klerus», die «stramm aufmarschierende Arbeiterschaft, die Leute aus dem Kaufmannsstande, vom Handel und Gewerbe», die Alten, «Sturmerprobten, die hoffnungsfrohe Jungmannschaft und der Akademiker flotte Schar!»[234] Feigenwinter kritisierte, dass der Bundesrat den aus Frankreich ausgewiesenen Kongregationisten in der Schweiz kein Asyl gewähre. Auch wollte er christliche Grundsätze ins neue Zivilrecht einfliessen lassen und beabsichtigte, die Kranken- und Unfallversicherung voranzutreiben. Er wehrte sich ferner gegen die Behauptung, die Grossratsfraktion habe den Streik der Strassenbähnler gebilligt (s.u.), was natürlich die Liberalen und Freisinnigen verärgert hatte. «Wir brauchen diese Gemeinschaft (mit den beiden Parteien, M.) nicht», rief er unter «lebhaftem, anhaltendem Beifall». Auf Stimmen von dieser Seite war also nicht zu hoffen. Denn «die Partei Feigenwinters existiert nicht für uns, denn sie hält es mit den Arbeitern», schrieben die BN[235]. Von der SP allerdings kamen nun auch keine Stimmen, sie konzentrierten sich auf ihre eigenen Kandidaten. Feigenwinter hätte zwar gerne die SP unterstützt, auch «Kully will lieber noch einem Sozialdemokraten als einem Kulturkämpfer seine Stimme geben», doch Niederhauser und andere warnten vor einem Bündnis mit der SP, das würde nur die Liberalen und Freisinnigen zu einem Bündnis zusammentreiben[236].

In der Folge erhielt Feigenwinter etwa 1700 Stimmen – die Stimmen der Katholiken. Er kandidierte für den zweiten Wahlgang nicht mehr.

Bei den Wahlen von 1911 waren erstmals sieben Nationalräte zu wählen, und man konnte wieder Hoffnung schöpfen. Aufgestellt wurde nun Dr. Albert Joos, der Präsident des KV und der KVP. Feigenwinter wollte nicht kandidieren, er hielt das Unterfangen wahrscheinlich für hoffnungslos, da nicht weniger als zehn Kandidaten sich um die sieben Sitze bewarben. Ursprünglich hatte man wohl auf die Unterstützung der proporzfreundlichen Sozialdemokraten und Liberalen gehofft, doch bald zeigte sich, dass diese nicht interessiert waren[237].

Da im ersten Wahlgang niemand das absolute Mehr erreichte, glaubte man, für den zweiten einen Kompromiss mit den Liberalen erreichen zu können, doch auch daraus wurde nichts. Unterstützt wurde Joos nur durch die kleine Demokratische Partei. Die KVP stellte eine gebrochene, d.h. nicht vollständige Liste auf und empfahl neben Joos die zwei Sozialdemokraten (vielleicht hoffte man trotz allem noch auf Sukkurs von links), und je einen Freisinnigen und Liberalen. Zwar wurde die Wahl für die KVP zu einem erneuten Misserfolg, doch unentwegt schrieb das BV: «Munter geht es vorwärts und so Gott will, wird in kurzer Zeit eine starke KVP von Basel, die gleich angesehen ist wie alle übrigen baselstädtischen Parteien, existieren.»[238] Im übrigen tröstete man sich, dass «diese Majorzwahlen mit all ihren hässlichen Nebenerscheinungen» kaum eines

langen Kommentars wert seien. Es sei notwendig, «mit dem veralteten Majorzverfahren auch endlich einmal bei den Nationalratswahlen abzufahren».

1907 war ein *Zivilgerichtspräsident* zu wählen. Die KVP hatte einen fachkundigen, tüchtigen Kandidaten, Dr. Hans Abt. «Wir dürfen nicht Hand dazu bieten, dass unsere Rechtssprechung in reaktionäre, ultramontane Hände kommt.» «Dr. Abt geht durch Dick und Dünn mit Dr. Feigenwinter.» «Wir wollen keine Zöglinge des Herrn Dr. Feigenwinter in unserem Gerichte – am Gericht können wir keine Charlatanerie brauchen.» So tönte es aus den freisinnigen Blättern laut BV vom 30. Juni 1907. Die beiden Gegenkandidaten scheinen aber die notwendigen Qualifikationen nicht mitgebracht zu haben; jedenfalls wurde Abt von den Sozialdemokraten unterstützt und im zweiten Wahlgang auch gewählt, mit einer Stimmenzahl von 1816, bei einer schwachen Stimmbeteiligung, aber offenbar doch mit SP-Hilfe, denn noch kurz vor der Entscheidung forderten «mehrere Sozialdemokraten» in Inseraten im «Vorwärts» ihre Parteifreunde auf, ja für Abt zu stimmen[239]. Soviel rote Solidarität mit einem schwarzen Kandidaten machte die BN nachdenklich[240]. Dieser Zusammenschluss «rieche nach mehr», schrieb sie, er könnte zur ständigen Institution werden. Jetzt habe es nur ein gemeinsames Flugblatt gegeben, später würden wohl eigentliche Kompromisse eingegangen, und schliesslich «gelangt man vielleicht... zu einer dauernden Allianz auf Kosten des bürgerlichen Basel». Und was schlimm war: zur selben Zeit war es zu ernsten Unstimmigkeiten zwischen den Liberalen und dem Freisinn gekommen. Das BV beruhigte das Schwesterblatt schon am 3. Juli: «Die Katholische Volkspartei und die Sozialdemokratische Partei sind einander durch den letzten Wahlkampf um kein Haar breit näher gerückt. Jede dieser Parteien wird nachher wie vorher fragen, was sich mit ihren Grundsätzen vereinbare, und nur wenn beide selbständig zum gleichen Ergebnis kommen, ist ein Zusammengehen denkbar. Dieser Fall dürfte ziemlich selten sein.» Das Bemühen, die Skeptiker im eigenen Lager zu beruhigen, ist offensichtlich.

Dr. Hans Abt wurde 1924 Appellationsgerichtspräsident.

22. Aus der Tätigkeit der Fraktion 1905–1914

Am 18. Mai 1905 eröffnete der Alterspräsident des Grossen Rates, Prof. Hagenbach-Bischoff, der dem Rat seit 1867 angehörte, die Sitzung. Zum erstenmal war der Grosse Rat aufgrund «seines» Proporzgesetzes gewählt worden. Er beleuchtete die Bedeutung der einzelnen Fraktionen und meinte: «Bei der Katholischen Volkspartei könnte man sich vielleicht fragen, warum sie in das öffentliche Leben eingetreten sei. Wenn man sich aber an die Kämpfe der 80er Jahre erinnert und an die Aufhebung der katholischen Schulen, so wird man verstehen, warum die Katholiken im Grossen Rat nun selbst mitreden wollen», und er wünschte ihnen, sie möchten auch gute Schweizer und gute Basler sein[241].

Das positiv zu beweisen, oblag nun der kleinen Fraktion. Dass man ihr fachliches

Können zubilligte, zeigte die Wahl C. Gutzwillers in den Bankrat am 8. Juni. In derselben Sitzung brachte Feigenwinter eine Motion ein, in der er den Regierungsrat aufforderte, zu prüfen und zu berichten, «ob und durch welche gesetzlichen Massregeln sowohl Arbeitnehmer als Arbeitgeber vor derartigen (es ging konkret um den Bauhandwerkerstreik, M.) Streikbewegungen geschützt werden können». Ebenfalls zu einem Streik – jetzt waren es die Strassenbahner – äusserten sich die Katholiken ein halbes Jahr später. Feigenwinter verteidigte die Streikenden, sie seien keine Rebellen, und der Staat als Arbeitgeber keine neutrale Instanz. Amlehn beantragte, die Regierung solle Vorschläge über Vermeidung und Beurteilung von Streiks von Staatsangestellten unterbreiten. Dieser Antrag wurde zwar abgelehnt, doch schienen die beiden Vorstösse hinter den Kulissen ihre Wirkung getan zu haben. Auf jeden Fall liegen hier die Wurzeln zum ständigen staatlichen Einigungsamt, das später bei Streiks zuerst zum Zuge kam.

Über einen Antrag Feigenwinter und Konsorten referierte jedenfalls der Initiant im Herbst 1905 vor dem KV[242]. Seit 1897 bestehe ein Gesetz über ein staatliches Einigungsamt. Gemäss diesem Gesetz dürfe sich die Regierung in den Streit der Parteien einmischen, deren Klagen anhören und eine Verständigung versuchen. Würden aber die Parteien hartnäckig auf ihren Forderungen beharren, so nehme das Einigungsamt ein Protokoll auf, und damit sei die Sache für die Regierung erledigt. «Ein Mangel des Gesetzes ist in erster Linie, dass keine Bestimmungen existieren, wer vom Einigungsamt als Vertreter der Parteien, namentlich der Arbeiter, anzuerkennen ist...Unrichtig ist es auch, dass eine politische Behörde, ein Regierungsrat, die Verhandlungen als Vermittler leitet. Dieses Amt sollte in die Hände eines politisch völlig unabhängigen Mannes gelegt werden...Sodann müssen *alle* Arbeiter zu den Entscheidungen über Streik oder Verständigung herbeigezogen werden. Aber nicht nur ein Einigungsamt ist nötig; den streitenden Parteien muss ein Urteilsspruch gegeben werden, der den Streit endgültig erledigt. Unser Recht muss die Möglichkeit solcher Urteilssprüche schaffen.» Soweit Ernst Feigenwinter. Der Regierungsentwurf für ein Einigungsamt kam am 12. Mai 1910 in die Kommissionsberatung. Feigenwinter wurde Präsident dieser Kommission. Am 9. November 1911 wurde das Gesetz in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Im Oktober 1905 interpellierte Kully die Regierung betreffend Staatsbeiträge an die Kultuskosten der RKG. Es war dies die erste von zahlreichen Interventionen zum Verhältnis von Staat und Kirche. Dieses wird im folgenden Kapitel genauer behandelt werden. Es macht ohnehin wenig Sinn, jede einzelne Wortmeldung eines katholischen Grossrats zu registrieren. Darum seien hier nur die bedeutenderen Auftritte erwähnt. Wer ergriff am häufigsten das Wort? Während der Periode 1905–1908 waren das eindeutig Feigenwinter und in geringerem Masse Kully und Gutzwiller, für medizinische oder schulpolitische Fragen Dr. Adam.

Dieser regte zum Beispiel in einem einstimmig angenommenen Antrag (25. April 1906)[243] die Erhöhung der Zahl der Schulärzte an. In einer ausführlichen, historisch weit ausholenden Begründung führte er unter anderem aus: «Eine intensivere hygienische Überwachung der Schulen hat eine hervorragend soziale Bedeutung. Die arbeitende

Klasse wird am meisten von dieser Einrichtung Segensreiches erfahren... Die armen Kinder entbehren eben sehr oft neben der nötigen Nahrung meistens der um die Gesundheit sorgenden Mutter, da die Eltern genötigt sind, vom frühen Morgen an dem Erwerbe nachzugehen. Die schulärztliche Visitation soll hier vicarierend eintreten.»

Auch forderte Dr. Adam eine kantonale Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenversicherung (13. Dezember 1906). Finanziert werden sollte das Ganze durch den Reinertrag der Kantonalbank. Als Hygieniker lehnte er den Bau einer Badeanstalt am Riehenteich ab (16. Januar 1908).

Nach den Wahlen 1908 wurde Kully Mitglied des Büros (das Büro des Grossen Rates bereitet dessen Geschäftsordnung vor), Joos kam in die Rechnungskommission, Feigenwinter wurde Mitglied der Prüfungs- und Petitionskommission. Adam wurde der erste katholische Erziehungsrat. So wirkte sich die Erhöhung der Mandate aus.

Deutlich machte sich in der Fraktion die Anwesenheit Gregor Stächelins bemerkbar. Meist meldete er sich bei Finanzfragen zu Wort, meist fand er die Staatsausgaben zu hoch und die Staatsverwaltung ineffizient. Sein Ratschlag: Sparen! «Der ganze (Staats)Haushalt sollte von Grund aus revidiert und rücksichtslos alles Überflüssige ausgemerzt werden», rief er am 25. Januar 1912 in den Ratssaal.

Übrigens zeigte sich auch Feigenwinter sehr skeptisch gegenüber der Staatsverwaltung. Nicht umsonst kritisierte das Programm der KVP immer wieder die Vetterliwirtschaft. Zum Beamtengesetz meinte Feigenwinter am 17. Juni 1909, man dürfe nicht aus «Staatsanstellungen eine Versorgungsanstalt» machen. So sehr er sich im sozialen Bereich von Stächelin unterschied, hier waren sich die beiden ausnahmsweise einig. Für Feigenwinter war der Beamtenapparat auch zu undurchsichtig. Er bemängelte zum Beispiel das «unglückliche System der Heimlichtuerei» (9. Juni 1910).

Natürlich setzte sich die Fraktion immer wieder für die Verwirklichung der Programmpunkte ein, so Cuny für die Abschaffung der Beleuchtungssteuer der Hausbesitzer, oder Adam für eine staatliche Zentralstelle für Büromaterial.

Daneben kümmerte man sich auch um andere Anliegen. Niederhauser setzte sich für eine Tramlinie ins Gundeldingerquartier ein, Adam verlangte ein Krankenauto statt des bisherigen Wagengespanns, er forderte auch die Erweiterung der Allschwiler Schiessanlage, damit nicht am Sonntagnachmittag geschossen werden müsse, Feigenwinter brachte Bedenken gegen die Zulassung von Advokatinnen an... Dies nur einige wenige Beispiele.

Von erheblicher Bedeutung war der Vorschlag Feigenwinters, die Grossratswahlen statt in den kleinen Quartieren in drei Wahlkreisen durchzuführen. Die entsprechende Vorlage wurde 1913 im Grossen Rat angenommen und am 1. Februar 1914 vom Volk gebilligt. Man erhoffte sich, neben einer technischen Vereinfachung, eine Konzentration der Reststimmen und damit mehr Mandate, eine Rechnung, die aber für die KVP nicht aufgehen sollte.

Im Jahre 1911 wurde Dr. Kully der erste katholische Grossratspräsident, und Dr. Hans Abt folgte Dr. Adam als Erziehungsrat nach.

Unserm neuen Grossratspräsidenten
Dr. O. Kully.
Die schwarzen Dragoner, I. Teil
11. Mai 1911

Was wir längst erstrebten mit heissem Bemühn,
Um was wir zähe gerungen,
Das Ziel, das einst gesteckt wir uns kühn –
Nun ist es endlich errungen:
Die schwarzen Dragoner, sie reiten!

Ein Fähnlein von vier, verschwindend klein,
So zogen vor achtzehn Jahren
Im altersgrauen Rathaus wir ein,
Und spottend riefen die Scharen:
Da kommen die schwarzen Dragoner!

Das Rathaus freilich, es fiel nicht um,
Es wurde nur rot und röter,
Der Freisinn aber ward dick und dumm,
Sein Kopf stets blöder und blöder;
Hell wachten die schwarzen Dragoner!

Man unterminierte mit Dynamit
Majorzens gewaltige Feste;
Wir halfen und schafften getreulich mit,
Es flog der Tyrann aus dem Neste,
Froh fochten die schwarzen Dragoner!

Heut reitet als Grossrats-General
Ein Schwarzer geehrt an der Spitze,
Ein donnernd Hurrah ertöne im Saal,
Dass es krache, schlage und blitze:
Die schwarzen Dragoner, sie reiten!

Einst hiess es nur Burckhardt, Hagenbach,
Fäsch, Iselin, Vischer, Bernoulli,
Jetzt rücken die neuen Geschlechter nach,
Es kommt an die Spitze ein Kully:
Hoch lebe der schwarze Dragoner!

(aus «Gedichte» von Ernst Feigenwinter, Archiv Mariastein)

In zwei grossen Debatten 1911 wurde Grundsätzliches diskutiert: Anfang Juli die Abtreibung, im Dezember die Feuerbestattung.

In der Sitzung vom 13. Juli ging es eigentlich um die Begnadigung zweier Frauen, die abgetrieben hatten. Die Köchin Louise B. musste vom Strafgericht nach Gesetz zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt werden. Das Gericht selber fand diese Strafe zu hart und empfahl dem Grossen Rat eine Begnadigung zu sechs Monaten Gefängnis. Dr. Thalmann (freis.) verlangte eine solche zu drei Monaten, da «eine veraltete Rechtspraxis mit dem fortgeschrittenen Rechtsgefühl nicht mehr in Einklang zu bringen ist». Er wurde sekundiert vom (katholischen) Dr. Knörr (soz.): «Wenn in einem Fall, so sei die Begnadigung hier angezeigt; das 20jährige Mädchen befand sich in einem schrecklichen seelischen Zustande; kurz zuvor sei ihre Schwester abgestürzt und ihr Bruder in das Irrenhaus überführt worden.» Zu Wort meldeten sich auch die beiden KVP-Ärzte Dr. Adam und Dr. Oesch. Letzterer stellte einen Rückweisungsantrag, zog ihn aber wieder zurück, als man ihm bedeutete, bis zu einem neuen Entscheid des Grossen Rates hätte Frau B. ihre Strafe verbüsst. Adam wandte sich gegen die Meinung, ein sozialer Abortus könne straflos erfolgen. «Man dürfe diesen Dingen nicht Türe und Tor öffnen, sondern müsse Strafbestimmungen aufstellen. Die Wissenschaft erfordert strenge Judikationen, und wo man sich nicht daran halte, komme man volkswirtschaftlich auf den Hund. Verbrechen gegen das keimende Leben können nicht als Privatsache erklärt werden.» Auch die zweite Täterin wurde zu drei Monaten begnadigt. «Dr. A. Oesch warnt den Rat vor den Konsequenzen und weist darauf hin, dass, wenn man die fehlbaren Mütter begnadige,

man schliesslich gegen die Abtreiberinnen milder vorgehen müsse. Der Staat, der die Abtreibung gestatte, gehe Verhältnissen entgegen, die das Ende eines Kulturstaates bedeuten.»

Am Ende des Jahres, am 7. Dezember 1911, kam ein Anzug zur Behandlung, der forderte, «dass im allgemeinen Feuerbestattung und nur auf Verlangen Erdbestattung stattfinde». Die Regierung fand, dieser Anzug komme zu früh, noch sei die grosse Mehrheit der Bevölkerung für Erdbestattung. Im Namen der katholischen Fraktion gab C. Gutzwiller eine Erklärung ab: «Das Recht des Staates auf das Beerdigungswesen findet für die Katholiken seine Einschränkung in der Selbständigkeit, welche der Kirche in der Ausübung des Ceremoniells bei der Bestattung der Toten zukommt. Jeder Katholik, der die Kremation seines Körpers anordnet, geht der Mitwirkung der Kirche bei seinem Begräbnisse verlustig. – Verfügen die Anverwandten oder sonstige Nahestehende die Kremation, so unterbleibt die Begleitung der Leiche durch den Geistlichen an den Ort der Kremation. – Dagegen darf die Einsegnung im Trauerhause oder in der Kirche vorgenommen werden. – Es geht aus diesen Verfügungen des Hl. Offiziums hervor, dass die Kirche Stellung nimmt gegen die Feuerbestattung, und mit dieser Stellungnahme ist auch die unsrige in dieser Frage gegeben... Auch das katholische Volk hat sich mit der Idee der Feuerbestattung nie befreunden können.» Dr. Oesch führte aus, dass die Behauptung, die Kirchhöfe bildeten eine ständige Gefahr für die Volksgesundheit, nichts anderes als ein alter Ladenhüter sei.

Nicht immer waren die katholischen Grossräte in allen Fragen gleicher Ansicht. So mahnte Niederhauser zu Zurückhaltung gegenüber dem Frauenverein, Feigenwinter meinte, Hebung der Sittlichkeit (der Frauenverein hiess eigentlich «Frauenverein zur Hebung der Sittlichkeit») sei nur auf christlichem Boden möglich. Doch Adam war für einen Beitrag an diesen Verein, weil er das Pflegekinderwesen betreue (22. Februar und 7. März 1912). Später änderte Feigenwinter seine Meinung. Am 5. Dezember 1912 plädierte er für Unterstützung des privaten Frauenvereins – es ging um Jugendfürsorge –, man müsse nicht alles durch den Staat regeln. Übrigens hätten auch die Katholiken solche Fürsorgevereine.

Auch in der Frage eines neuen Kunstmuseums war die Fraktion verschiedener Meinung. Feigenwinter befürwortete die Lösung Rollerhof, Oesch die Schützenmatte.

Ebenfalls verschiedene Ansichten gab es in der Fraktion, als es am 26. April 1912 um einen Baurechtsvertrag ging. Die Regierung hatte eine Vorlage vorbereitet, die der Wohngenossenschaft, welche billige Wohnungen errichten wollte, in der Gewährung des Baurechts stark entgegenkam. Zum grossen Erstaunen auch der Freisinnigen und Liberalen stellte Ernst Feigenwinter einen Rückweisungsantrag.

Offenbar waren vorher in der katholischen Fraktion die Meinungen hart aufeinandergeprallt. Während Gregor Stächelin und andere die Wohnungsnot schlicht bestritten, fand der soziale Flügel, der Vertrag sei zu wenig ausgereift und bevorteile einseitig die Wohngenossenschaft; dabei sei doch allen kleinen Leuten ein Haus mit Gärtlein zu gönnen.

Regierungsrat Paul Speiser schloss aus Feigenwinters Antrag, «dass im Schosse jener Fraktion zwei diametral entgegengesetzte Richtungen bestehen, von denen die eine gar nichts, die andere noch mehr will als die Regierung. Diese beiden Richtungen sollen nun versöhnt werden durch einen Antrag, der dafür sorgt, dass weite Perspektiven gezeigt werden, aber vorläufig nichts geschieht» (BN 27. April 1912).

Auch der sozialistische Nationalrat Johannes Frei fand, Feigenwinter fordere Utopisches und versperre so dem Machbaren den Weg. «Tatsache ist, dass zwei Strömungen in der katholischen Fraktion bestehen. Beide suchen sich aber auf einer gemeinsamen Mittellinie zu verständigen» (Vorwärts 27. April 1912).

Feigenwinter wehrte sich vehement gegen den Vorwurf eines Doppelspiels. Er anerkenne zwar die Wohnungsnot, doch mit dem Bau neuer Mietskasernen sei sie nicht behoben, denn die katholische Fraktion «will nicht den Herdenstaat, der Nationalrat Frei vorschwebt». Und da politisches Neuland betreten werde, habe in der Fraktion jeder das Recht auf freie Meinungsäusserung, ohne gleich den «Vorwurf sozialpolitischer Sabotage» einstecken zu müssen[244].

Feigenwinters Rückweisungsantrag wurde abgelehnt. In der Schlussabstimmung waren die meisten Katholiken abwesend; immerhin stimmten Niederhauser, Späni und Rey für den neuen Vertrag.

(Auf das Problem der zwei Richtungen werden wir unten nochmals zurückkommen.)

Am 9. Januar 1913 reichten Anklin und Konsorten einen dringlichen Anzug ein: statt einem Gewerbemuseum solle man eine Gewerbeförderungsanstalt einrichten. Die Regierung nahm den Anzug zwar entgegen, doch bedeutete man Anklin, sein Wunschzettel sei zu gross.

Überhaupt sorgte sich die Fraktion immer wieder ums Gewerbe. Sie forderte am 26. Juni 1913 eine bessere Berücksichtigung des Gewerbes durch die Kantonalbank oder, in Erfüllung eines Programmpunktes, eine Lieferantenliste bei Submissionsarbeiten. In der Frage der Polizeistunde war die Fraktion gespalten. Amlehn wollte sie sehr spät ansetzen, um die Wirtschaften zu beleben, Späni, als Abstinent, war für die Beschränkung der persönlichen Freiheit (16. April 1914).

Immer wieder kam der staatliche Religionsunterricht zur Sprache. Kully wandte sich energisch dagegen und fand Unterstützung bei Hauser (soz.), der meinte: «Es kann in Wirklichkeit gar keinen konfessionslosen Religionsunterricht geben» (23. Januar 1913).

Auch zu sparen versuchte man regelmässig. Kully wandte sich gegen Subventionen an Damenturnvereine: «Die Kreise, welche sich am Damenturnen beteiligten, dürften die Unkosten selber bezahlen» (6. März 1913). Niederhauser wiederum fand elektrische Läutwerke in Schulen Geldverschwendung (12. März 1914). Staatsbetriebe seien «sehr unrationelle Unternehmungen» – wer anders als Gregor Stächelin kam für eine solche Sentenz in Frage?

Sozial zeigten sich Adam und Oesch bei der Behandlung der Öffentlichen Krankenkasse; «mit seiner Sympathie auf der Seite der Arbeiter» war Feigenwinter im Färberstreik (26. Juni 1913), obwohl er die Regierung für ihr Verhalten in der Angelegenheit

lobte. Anderseits zeigte er sich wieder von der patriarchalischen Seite, als er sich gegen die Immatrikulation von Ausländerinnen (vor allem Russinnen) an der Universität wandte: «Die Frau hat von Natur aus nicht den gleichen Beruf zur Wissenschaft wie der Mann» (28. Mai 1914).

23. Die Kirchenvorlage 1910

Am 4. März 1910, am Vorabend der wichtigen Abstimmung über die Kirchenvorlage, fand in der «komplett gefüllten Burgvogteihalle» eine «Generalversammlung des KV und katholische Volksversammlung» statt[245]. Es ging um die Abstimmungsparole zu einer Vorlage, welche die Katholiken einmal mehr diskriminierte, wie sie meinten: sie empfanden die Kirchenvorlage als «eine ungerechte und der Form nach verletzende». Dabei hatte sich der federführende Regierungsrat, Carl Christoph Burckhardt-Schazmann, solche Mühe gegeben, den Katholiken entgegenzukommen, sie gerecht zu behandeln. Die Frage ist erlaubt, ob sich die Katholiken von ihrem Minderwertigkeitskomplex nicht zu lösen vermochten, ob sie gar die angeblichen Kränkungen und Zurücksetzungen als wichtigen Teil ihres Selbstverständnisses brauchten und pflegten, ob sie insgeheim einen Erfolg in eine schmerzliche Niederlage ummünzten?

Mindestens Regierungsrat Burckhardt sah es so: «Wer jahrzehntelang vom Gefühl und der Betonung erlittener Unbill beherrscht, gefördert und zusammengeschweisst wurde, kann auch ein wahres Entgegenkommen nicht leicht zugeben. Die Gewöhnung ist zu stark, die Zugkraft der Zurücksetzung zu unentbehrlich geworden. Taktisch gewandte Parteiführer sind versucht, die dargebotene Friedenshand als erneuten Faustschlag zu brandmarken und Unerreichbares, von dessen konfessioneller Berechtigung sie ebenso überzeugt sind wie von dessen praktischer Aussichtslosigkeit, zu fordern, um dann, wenn die Ablehnung erfolgt ist, das Angebotene still als Milchkuh in den Stall zu stellen, das ‹Martyrium› aber laut vor den Propagandawagen zu schirren. Die konfessionelle Einheit allein vermag eine aus wirtschaftlich so gänzlich verschieden interessierten Mitgliedern bestehende Partei heute auf die Dauer nicht mehr zusammenzuhalten; man muss an etwas appellieren, was unfehlbar einigt: gemeinsame Kränkung und ungleiche Behandlung, wahre oder angebliche.»[246]

Das ist deutsch und deutlich und regt zu Betrachtungen über das weitere Schicksal der KVP an.

Leo Hänggi übernimmt in seiner Parteigeschichte voll den Standpunkt der Katholiken von 1910 und spricht von einem «Gefühl bitterer Wehmut und unverdienter Zurücksetzung einer dem Übelwollen preisgegebenen Minderheit».[247]

Im folgenden möchten wir den Werdegang dieses Kirchengesetzes in kurzen Zügen nachzeichnen. Ausführliche Darstellungen finden sich bei verschiedenen Autoren[248]. Ausser den Artikeln im BV stehen uns dabei als Korrektiv die Aufzeichnungen von

Burckhardt-Schazmann zur Verfügung – und das Wissen um das Kirchengesetz von 1973, das den Katholiken die ersehnte Gleichstellung doch noch brachte.

Für das Verhältnis von Kirche und Staat war zu Beginn des Jahrhunderts das Gesetz von 1874 massgeblich. Danach galt die Evangelisch-Reformierte Kirche als «Landeskirche», d.h. der Staat kam voll für ihre Bedürfnisse auf. Anderseits verlangte er auch Mitspracherecht. Die Synode hatte ihre Beschlüsse dem Grossen Rat vorzulegen, welcher das Vetorecht besass. Dies galt auch für rein kirchliche Belange wie die Liturgie oder die Gesangbücher. Die RKG war, wie auch alle Sekten, ein privatrechtlicher Verein, seine Mitglieder bezahlten mit ihren Steuern auch an die Kultuskosten der Landeskirchen. (Landeskirche wurde nämlich auch die Christkatholische Kirche.) Kein Wunder, dass das dauernd als Ungerechtigkeit empfunden wurde. So richtete denn am 15. September 1903 die Vorsteherschaft der RKG ein Gesuch an den Regierungsrat, für ihre Gemeinde 30–40000 Franken ins Budget aufzunehmen, eben den Betrag, den die Katholiken an die Landeskirchen beisteuerten. Zweieinhalb Jahre hüllte sich die Regierung in Schweigen, erst im Frühjahr 1906 erfolgte als Antwort ein kategorisches Nein: Aus verfassungsrechtlichen Gründen könnten freie Kirchen nicht subventioniert werden. Denn diese lehnten ja eine staatliche Oberaufsicht entschieden ab. Ungesäumt stellte nun Grossrat C. Gutzwiller, zur selben Zeit zugleich Präsident der RKG, den Antrag, es sei zugunsten des Vereins RKG eine jährliche Subvention von 40000 Franken zu beschliessen. Vierzehn Tage später folgte in derselben Sache ein Antrag des katholischen Sozialdemokraten J. Knörr, die Kirchen seien vollständig vom Staat zu trennen. Dies entsprach der sozialistischen Doktrin, Religion sei Privatsache. «Als Katholik setzte er sich dem Verdacht aus, sich mit seinen Glaubensgenossen ins Einvernehmen gesetzt zu haben, obschon er mit dem politischen Katholizismus radikal gebrochen hatte», meint Haeberli dazu[249].

Die Stellungnahme der Regierung, die vorher die Meinung der Synode eingeholt hatte, lag im August vor. Aus den bekannten Gründen sprach sie sich gegen die Subventionierung aus, hingegen war sie bereit, den Antrag Knörr genau zu prüfen.

Im Oktober 1906 fand im Grossen Rat eine ausgedehnte Debatte über die beiden Anträge statt, wobei Feigenwinter, Gutzwiller und Adam sich weitschweifig zum Thema äusserten. Nach dem sicher nicht voreingenommenen Urteil von Burckhardt-Schazmann trat insbesondere der «Feldherr der Kath. Volkspartei» (natürlich Feigenwinter) «äusserst geschickt» auf. Adam meinte, das «non possumus» der Regierung sei in Wahrheit ein «non volumus». Gegen den Einwand, die protestantischen Basler spendeten reichlich in Schulwesen, Armenfürsorge und durch die Überlassung der Clarakirche an die katholische Bevölkerung, brachte er vor, was in dieser Beziehung die Katholiken leisteten: ein Spital, Waisenhäuser für Mädchen und Knaben, den Vinzenzverein. Interessant war, dass die Freisinnigen das Kulturkampfbeil begraben hatten und den Antrag Gutzwiller entgegen der Haltung der Regierung befürworteten. So wurden denn schliesslich beide Anträge überwiesen, der Antrag Gutzwiller knapp mit 60:55 Stimmen, der Antrag Knörr mit 113:2. Für die Katholiken war die Trennung von Kirche und Staat, wenn ihr eigener Antrag nicht angenommen werden sollte, das kleinere Übel.

Carl Gutzwiller-Meyer (1856–1928) von Arlesheim, Gründer eines Bankhauses, war von 1903–1910 Präsident der Römisch-Katholischen Gemeinde und von 1905–1920 Mitglied des Grossen Rates. Sein Anzug leitete eine gerechtere Behandlung der Gemeinde, wenn auch noch nicht ihre Anerkennung, ein.

Aufgabe der Regierung, d.h. des Justizdirektors Burckhardt-Schazmann (seit Februar 1906) war es jetzt, einen Bericht zu der ganzen Kirchenfrage auszuarbeiten. Dieser Bericht lag Ende Juli 1908 in Form einer Broschüre von 178 Seiten vor.

Wer war dieser Departementsvorsteher? Carl Christoph Burckhardt-Schazmann «war einer der geistreichsten Vertreter der alten christlichen und humanistischen Basler Kultur, aristokratisch und doch voll Verständnis für den Sozialismus, frei von Parteischablone…ein massloser Arbeiter und leidenschaftlicher Kämpfer für das Recht». So der Historiker Paul Burckhardt[250].

Es überschreitet den Rahmen dieser Arbeit, den Bericht der Regierung auch nur einigermassen ausführlich wiederzugeben. Beschränken wir uns also auf die wesentlichen Punkte:

- Die evangelisch-reformierte Kirche und die christkatholische Kirche erhalten den Status einer öffentlich-rechtlichen Persönlichkeit. Dieser gestattet ihnen, bei ihren Mitgliedern Steuern zu erheben. Bedingung: demokratische Grundlage der kirchlichen Organisation und angemessener Spielraum für die Bedürfnisse der Minderheiten (deswegen wichtig, weil je nach Gemeinde die konservative resp. freisinnige Richtung die Oberhand besass).
- Die Römisch-katholische Kirche und andere Glaubensgemeinschaften werden privatrechtlich als Vereine behandelt. Ihre Mitglieder bezahlen für sie auf der Basis der Freiwilligkeit. Die Katholiken bekommen, sozusagen als Abfindung, eine einmalige Summe von 200000 Franken.
- Zu einer von den Sozialdemokraten geforderten Trennung von Staat und Kirche kommt es also nicht.

Mit diesen Kernpunkten glaubte Burckhardt-Schazmann, eine gerechte, für alle annehmbare Lösung gefunden zu haben. Es war ein klassischer Kompromiss. Die evangelisch-reformierte Kirche war nicht mehr «Landeskirche» und konnte ihren Unterhalt nurmehr aus den Steuern ihrer Mitglieder bestreiten, und die Katholiken bekamen auch, was sie immer gefordert hatten: sie mussten mit ihren Steuern nicht mehr die reformierten Kultuskosten mitbezahlen.

Bei der Stellungnahme zum Anzug Knörr werden auch Verhältnisse ausserhalb Basels beleuchtet.

In Frankreich galt seit 1905 die strikte Trennung von Kirche und Staat. Ein gleiches Vorgehen bei uns sei aber durch Bundesrecht sowie die öffentliche Meinung verunmöglicht.

In Neuenburg ist die katholische Kirche Landeskirche.

In Genf werden die Gehälter der Geistlichen beider Konfessionen vom Staat subventioniert. Doch «der ‹goldene Faden›, welcher die Landeskirchen mit dem Staat verknüpft, ist also weit schwächer als bei uns».

In St. Gallen werden die katholische und die evangelische Kirche gleich behandelt. Sie stehen finanziell auf eigenen Füssen.

Wieso nun hatte man in Basel die RKG nicht auch zur öffentlich-rechtlichen Persönlichkeit gemacht? Burckhardt-Schazmann schreibt dazu:

«Das mit dem Vorbericht betraute Justizdepartement hatte, um mit der römisch-katholischen Gemeinde Fühlung zu erhalten und sich über ihre Bedürfnisse zu orientieren, mit ihrem Präsidenten wegen ihrer Finanzlage und ihrer Wünsche wiederholten Meinungsaustausch gehabt. Auf die Frage, ob man die bisherige Freiheit und einen finanziellen Staatssukkurs wirklich einer öffentlichrechtlichen Stellung, welche eine Steuererhebung und einen Einfluss im Diözesanverband ermöglichen würde, vorziehe, hatte es ein bestimmtes Ja zur Antwort erhalten. Die Vorschläge der Regierung trugen dieser Auskunft Rechnung. Dies hinderte nicht, dass eben diese Anträge auf römisch-katholischer Seite als erneute Missachtung und Hintansetzung bezeichnet wurden, dass im Jahre 1909 plötzlich das genaue Gegenteil verlangt und dass geklagt wurde, um die

Das Burggericht

Was wälzt wie Ungewitter
Das Volk zur Burgvogtei?
Was dröhnen Tor und Gitter
Wie wenn der Sturmwind frei?
Das Unrecht, grau an Jahren,
Verfällt dem Volksgericht,
Das durch die Männerscharen
Verdikt und Urteil spricht.

Man sog vom armen Manne
Blut mit dem Kirchennapf
Und füllt mit Rot die Kanne
Des Pastors Haus und Zapf.

Nun man in langen Zügen
Entleert des Armen Blut,
Will man ihn noch betrügen
Um Schul' und Armengut.

So treibt's der Herr Barone,
Dem durch des Armen Herd
Von Mill' zu Millione
Steigt seines Landes Wert. –
Er schiebt dem Katholiken
Zur Last die Kirchenfrag'
Dieweil ihm zum Entzücken,
Wir mehr'n die Bodenplag ... etc.

Zur Volksversammlung in der Burgvogtei,
im BV vom 25. März 1909.

Meinung und die Wünsche der Gemeinde habe sich die Regierung nie gekümmert und nie nach ihnen gefragt. Als auf jene Besprechungen hingewiesen wurde, ward dann geantwortet, offizielle amtliche Verhandlungen, wie sie sich geziemt hätten, seien sie nicht gewesen, sondern unmassgebliche Privatgespräche, gelegentliche Äusserungen; die Gemeinde werde durch die gesamte Vorsteherschaft, nicht durch einen einzelnen vertreten.»[251]

Diese Darstellung wurde von den Katholiken allerdings bestritten. Sie behaupteten, bei der Ausarbeitung der Vorlage habe man sich um ihre Wünsche nicht gekümmert, wirkliche Verhandlungen hätten nie stattgefunden. «Da Herrn Burckhardt-Schazmann dieser Vorwurf unbequem war, griff er zum Ausweg, die stattgehabten Privatgespräche zu offiziellen Verhandlungen zu stempeln.» So schilderte C. Gutzwiller den Sachverhalt an der Generalversammlung des KV vom 4. März 1910[252], und präzisierte: «Offizielle Verhandlungen fanden nun *keine* statt, sondern nur zwei Unterredungen, in denen der Herr Regierungsrat sich informieren wollte über die Rechenschaftsberichte der Gemeinde, Art und Weise des Bezugs der Kirchenbeiträge, überhaupt über unsere finanzielle Lage.»

Wo liegt nun die Wahrheit? Sicher ist, dass die RKG, durch Ernst Feigenwinter an einer Katholikenversammlung, erstmals am 24. März 1909 die öffentlich-rechtliche Anerkennung forderte[253], allerdings mit dem Zusatz: «Sie (die Kirchen, M.) sind als solche unabhängig von der Staatsgewalt und ordnen und verwalten ihre Angelegenheiten selber.» Es wäre also gut möglich, dass Burckhardt-Schazmann der Ansicht war, mit der

Grundbedingung einer demokratischen Organisation seien die Katholiken nicht einverstanden und demnach an der öffentlich-rechtlichen Anerkennung gar nicht interessiert. Auf diesem Hintergrund erscheinen die Klagen der Katholiken in einem etwas seltsamen Licht, und Burckhardt-Schazmanns bissige Bemerkungen zum «Martyrium» hätten ihren realen Hintergrund.

Die Vorlage der Regierung wurde nun ein halbes Jahr in Presse und Versammlungen erörtert, darauf wurde im Grossen Rat die Vorfrage gestellt: Soll die Verfassungsänderung prinzipiell beschlossen werden? Dies bejahte der Grosse Rat am 21. Januar 1909 praktisch einstimmig. 22 Stimmen entfielen vorher auf einen neuerlichen Antrag Gutzwillers, der RKG einen staatlichen Jahresbeitrag von 40000 Franken zu gewähren, aber im übrigen alles beim alten zu belassen.

Erst in der Folge, an der KVP-Versammlung vom 24. März 1909, schwenkten die Katholiken um und forderten für ihre Kirche die öffentlich-rechtliche Anerkennung. Dabei kritisierte Feigenwinter in heftigen Worten die Vorlage Burckhardt-Schazmanns: «Ich vermisse hier die vielgepriesene staatsmännische Weisheit («Vorsicht», steht in der gedruckten Rede[253a]) unseres Herrn Departementsvorstehers... Bei uns in Basel schleift man die Axt des Kulturkampfes der 1870er Jahre aufs Neue, man verriegelt uns die Türe zu, durch welche wir zu einem gleichen Recht wie andere Konfessionen gelangen können.»[254] Feigenwinter schien zu vergessen, dass der Vorschlag die Begehren der Katholiken erfüllte, dass er auch von der Evangelisch-Reformierten Kirche Opfer – nämlich die privilegierte Stellung als «Landeskirche» – forderte und dass in Basel die Zeit noch nicht reif war, die noch junge, lange argwöhnisch betrachtete katholische Gemeinde mit der evangelischen Kirche gleichzustellen. Aber diese Einsicht konnte man von ihm, mit Blick auf die wiederum ungerechte Behandlung der katholischen Gemeinde, wohl nicht verlangen.

Die Eintretensdebatte über die materiellen Vorschläge nahm der Grosse Rat erst am 25. November 1909 in Angriff. Sollte der Ratschlag in einer Kommission beraten werden? Die Liberalen und Sozialisten wollten die Sache nicht weiter verschleppen. Mit 65:49 Stimmen wurde Kommissionsberatung abgelehnt.

Im Januar 1910 fand die materielle Einzeldebatte statt, wobei die öffentlich-rechtliche Stellung der Evangelisch-Reformierten Kirche und der christkatholischen Kirche mit 104 gegen 18 (katholische) Stimmen angenommen wurde. Wegen der Verfassungsänderung wurde die Vorlage dem Volke vorgelegt, am 5./6. März 1910. Am Vorabend hatte die Katholikenversammlung Stimmenthaltung beschlossen. Mit 7413 Ja gegen 1036 Nein stimmte das Volk für den am Ende unumstrittenen Regierungsvorschlag.

Wie wurde er ausserhalb Basels beurteilt?

Das Organ der französischen Katholiken «La Croix» hob «die Billigkeit und Verständigkeit» hervor, «mit der hier alle Interessen berücksichtigt und geschont würden, ohne eine Spur der Feindseligkeit gegen die katholische Kirche».

Das «Vaterland» bezeichnete die Vorlage als «gründlich, sorgfältig durchdacht und getragen vom Geist der Toleranz und der Achtung». So zitiert Burckhardt-Schazmann[255]

und meint dann zur katholischen Kritik in Basel: «Die Sachlage ist doch so einfach. Wir müssen den Landeskirchen öffentlichrechtliche Persönlichkeit geben, weil wir unsere Rechtslage durchaus ändern müssen, dabei aber eine Jahrhunderte alte Entwicklung nicht auslöschen und, wenn wir anders nicht am Referendum scheitern wollen, die unserem Volke fremde Trennung nicht unvermittelt vorschlagen können; weil wir Evolution und nicht Revolution wünschen.»[256]

Burckhardt-Schazmann sah seine Kirchenvorlage ganz klar als Zwischenergebnis einer Entwicklung, deren Endergebnis «die völlige Trennung, die auch äusserlich durchgeführte Gleichstellung aller Kirchen gegenüber dem Staat» sein werde[257]. Diese Beurteilung war, wie wir heute wissen, eine Fehlprognose, wohl unter dem Eindruck der grossen Aufschwünge von Freisinn und Sozialdemokratie.

Im übrigen bedauerte er, dass man den Katholiken nicht schon früher entgegengekommen war und sie so in eine Oppositionsstellung gedrängt habe. Folge: Eine konfessionelle Partei wird befähigt, «beim sich nähernden Gleichgewicht der Sozialisten und der bürgerlichen Parteien von Fall zu Fall das Zünglein an der Waage, den Schiedsrichter über die Geschicke des Kantons zu spielen»[258].

Rückblickend müssen wir den Scharfsinn und den Weitblick von Burckhardt-Schazmann bewundern; im Gegensatz zur Ansicht Feigenwinters besass er offensichtlich doch «staatsmännische Weisheit»[241].

24. Innere Entwicklung der Partei

1905 war in Basel der Kantonalverband des Schweiz. Katholischen Volksvereins gegründet worden. Der Verband wurde gebildet durch die Sektionen des KV, ihm gliederten sich aber verschiedene andere Vereine an, «um die religiösen, charitativen und gemeinnützigen Werke und Bestrebungen der Basler Katholiken…besser zu fördern», so der weibliche Piusverein, die Marienvereine der drei Pfarreien, die Rauracia, der Vinzenzverein, der Verein katholischer Literaturfreunde u.a. An der Spitze dieses Verbandes stand ein Vorstand von sieben Mitgliedern, von Amts wegen der Pfarrdekan, Pfarrer Arnold Döbeli, der Zentralpräsident des KV und der Präsident der RKG. Die Abgeordneten zur Delegiertenversammlung des Schweiz. Katholischen Volksvereins (SKVV) wählte der KV allein[259].

Entsprechend mussten nun die Statuten des KV abgeändert werden. Statt «Der KV schliesst sich dem Centralverband der Kath. Männer- und Arbeitervereine an» hiess es neu «schliesst sich dem Schweiz. Katholischen Volksverein an». Bei dieser Gelegenheit wurde das Centralcomité ermächtigt, nach Bedarf neue Sektionen zu gründen. Ziel war, in jedem Wahlquartier eine eigene Sektion zu besitzen. Denn bei den Grossratswahlen hatte es sich gezeigt, dass es im St. Johann- und im Albanquartier schwierig war, die Wahlkreise erfolgreich zu bearbeiten. Auch wollte man den schlechten Stand der Vereinskasse durch eine Beitragserhöhung auf vier Franken aufbessern. Das gab einiges zu

reden. Man einigte sich dann auf Franken 3.50, wovon die Hälfte in die Zentralkasse floss, die andere bei den Sektionen blieb[260].

Nicht wenig Aufregung verursachte im Herbst 1906 die Anregung von Pater Scheiwiller aus Zürich, auch in Basel einen «reinen Arbeiterverein» zu gründen. Joos wandte sich vehement dagegen, doch Dr. Wannier und Pfarrer Kaefer waren anderer Ansicht. Mindestens sollte die Gegenseite auch gehört werden. Dies geschah an der Delegiertenversammlung vom 7. November[261]. «Anhand von Beispielen suchte nun der Hochw. Herr Pfarrer Kaefer zu beweisen, dass ein solcher reiner Arbeiterverein notwendig sei, ansonst uns alle katholischen Arbeiter mit der Zeit ganz verloren gehen, stellt jedoch keinen Antrag. Hierauf entspann sich eine lebhafte Diskussion, in welcher die Gründung eines Arbeitervereins stark bekämpft, dagegen die Schaffung eines Arbeitersekretariats sehr befürwortet wurde.» Es schlug elf Uhr, doch ein Antrag auf Abbruch der Diskussion wurde abgelehnt. Immerhin sollte kein Redner mehr als sieben Minuten sprechen dürfen. Wieder einmal stellte Ernst Feigenwinter einen Vermittlungsantrag:

«Die Delegiertenversammlung beschliesst heute, da sie grundsätzlich nichts gegen die Gründung eines reinen Arbeitervereins einzuwenden hat, die Schaffung eines Arbeitersekretariats und beauftragt das Centralcomité

1. Ein Reglement (Arbeitsprogramm) für den Arbeitersekretär auszuarbeiten,
2. zu berichten, wie die Mittel zur Finanzierung des Sekretariats aufgebracht werden können,
3. die Frage betr. Gründung eines reinen Arbeitervereins solange auszustellen, bis die Notwendigkeit eines solchen Vereins erkennbar ist, was sich aus dem Erfolg des Arbeitersekretärs zeigen wird.»

So wurde beschlossen und die Sitzung um zwölf Uhr nachts geschlossen.

Mit der Frage der Finanzierung befasste sich das erweiterte Centralcomité schon zwei Tage später. Das Geld sollte von den katholischen Vereinen und den Sektionen Basels und der Umgebung fliessen. Benötigt wurden etwa 2500 Franken. Auch bei den KV-Mitgliedern sollte gesammelt werden. Im Frühjahr 1907 war es dann soweit, und Anton Auf der Maur, der spätere Redaktor des BV, konnte das Sekretariat am Totentanz 7 eröffnen. Damit aber war die Angelegenheit keineswegs erledigt, denn im Juli kam dem Centralcomité zu Ohren, dass die christlich-sozialen Gewerkschaften der Ostschweiz beabsichtigten, hinter dem Rücken des KV in Basel einen Arbeiterverein zu gründen. Zu diesem Zwecke sollte «an einem der nächsten Sonntage eine öffentliche Versammlung einberufen werden»[262]. Tatsächlich wurde 1907 in St. Joseph der erste Arbeiterverein ins Leben gerufen[263]. Joos war empört, denn an der «Friedensversammlung» war vereinbart worden, stillzuhalten, und diese Abmachung war sogar schriftlich festgehalten worden. Er beantragte, den Volksverein zu informieren und den Ausschluss der neuen Organisation zu verlangen. Auf der Maur und Kully wollten hingegen das Problem auf friedlichem Wege lösen. Das Verhältnis dieses Arbeitervereins zum KV wurde nun zum Dauerbrenner. Jener könne sich zum Anschluss an den KV nur entschliessen, wenn sich die KVP verpflichte, «der katholischen Arbeiterschaft zur gebührenden Vertretung in den

Behörden zu verhelfen». Im übrigen behalte er sich in sozialpolitischen Fragen «volle Freiheit» vor. Da «gerade in diesen Fragen ein Zusammengehen notwendig sei», begriff Feigenwinter die Forderung des Arbeitervereins nicht. Er fand, die katholischen Grossräte seien immer für die Arbeiterinteressen eingetreten, und nannte eine Anzahl Postulate, wo dies geschehen sei. Andere Delegierte hatten wiederum für die Neugründung voll und ganz Verständnis. Ein Vertreter des Arbeitervereins suchte die Gründung zu erklären: Nicht weil man mit den Führern des KV unzufrieden sei, «sondern weil die heutige Lage des Arbeiters es eben verlange und weil in einem Vereine von Arbeitgebern und Arbeitnehmern es nicht möglich sei, die Interessen der Letzteren richtig zu vertreten. Auch bezwecke der Arbeiterverein nicht die Zersplitterung der katholischen Partei, sondern derselbe wolle ja nur diejenigen katholischen Arbeiter sammeln, welche dem KV nicht angehören wollen und diejenigen, welche sich bereits der sozialdemokratischen Partei angeschlossen haben.» Eine Einigung kam nicht zustande[264].

Als es um das Programm des KV für die Wahlperiode 1908–1911 ging, flammte der Streit wieder auf, wurde doch darin das «freie Koalitionsrecht» der Arbeiter gefordert. Gerade bei der Gründung des Arbeitervereins habe der KV dieses Recht missachtet, meinte ein Delegierter. Ernst Feigenwinter antwortete, bei dieser Forderung gehe es um Grundsätzliches und nicht um den Arbeiterverein, der ja die gleichen Ziele wie der KV verfolge und dazu noch mit den gleichen Leuten. Deswegen habe man den neuen Verein für «unnütz und schädlich» gehalten[265].

Auch im September 1909 war der Arbeiterverein das einzige Traktandum der Delegiertenversammlung. Dr. Joos erklärte, die Verhandlungen in der letzten Zeit hätten nun einen «anderen Charakter» angenommen, und verlas die Bedingungen zu einer Verständigung:

Der KV empfiehlt den Arbeiter-Mitgliedern den Beitritt zum Arbeiterverein, doch müssen sie KV-Mitglieder bleiben. Der Arbeiterverein «erkennt in der KVP seine politische Vertretung an» und schickt wie jede Sektion seine Vertreter an die Delegiertenversammlung, «sofern es sich um Beratung und Beschlussfassung allgemein wichtiger politischer Fragen handelt».

Über diese Bedingungen entspann sich eine «lebhafte und eingehende» Diskussion. Schliesslich wurden sie im wesentlichen angenommen, «um Kollisionen zwischen KV und Arbeiterverein zu verhüten und ein gedeihliches Zusammenwirken beider Vereine zu fördern». Hinzu kam noch: «Der KV gewährt dem Arbeiterverein die volle Freiheit der Agitation und wünscht, dass es ihm gelingen werde, die breitesten Massen der katholischen Arbeiter, die dem KV noch fern stehen, zu organisieren.»

Damit fand eine Gründung einen glücklichen Abschluss, eine Gründung, welche den KV und damit auch die Partei beinahe gespalten hätte. Denn soviel ist sicher: Es war keine leichte Aufgabe für die Parteileitung, die divergierenden ökonomischen und sozialen Interessen immer auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen (vgl. Ziff. 25).

Der Bericht über die Generalversammlung 1907 verrät einiges über die Schwierigkeiten des KV. Zwar waren etwa 300 Mitglieder «in der hübsch erleuchteten, geräumigen

Gartenwirtschaft» des «Basler Hofs» (an der Clarastrasse) anwesend, zwar wiesen die Sektionen eine beachtliche Zunahme auf: St. Johann von 52 auf 92, St. Alban von 60 auf 111 Mitglieder zum Beispiel. Doch dann heisst es etwas resigniert im Protokoll[267]: «Immerhin steht die Zahl der Mitglieder noch in gar keinem Verhältnis zu der grossen Anzahl Katholiken, die unserem Verein noch fernstehen.» Man müsse mehr werben, besonders auch für das «Basler Volksblatt». Die Monatsversammlungen seien nur mässig besucht. Sie sollten nicht zu lange dauern. Auch mehr Geselligkeit wurde gewünscht.

Anders tönte es ein Jahr später, im Jahresbericht 1907/08, erstattet an der Generalversammlung vom 8. Juli 1908[268]. Das war nicht, wie das vorangegangene, «ein stilles, sondern im Gegenteil ein sehr bewegtes (Jahr)». Es fanden neun General- und elf Delegiertenversammlungen sowie neun Centralcomité-Sitzungen statt. Besonders in politischer Beziehung hatte der KV «seine jungen Kräfte im Kampfe mit seinen Gegnern zu messen», denn es gab einige grosse politische Aktionen. Die erste war die Gerichtspräsidentenwahl (aus der Dr. Abt als Sieger hervorging), die zweite die Stellungnahme zum sog. Streikparagraphen, wobei sich die KVP auf Seite der bürgerlichen Behörden stellte, die dritte die Abstimmung über die neue Militärorganisation. Da nahm der KV «an der kurz vor der Abstimmung im Kasernenhof zugunsten der Militärorganisation von allen bürgerlichen Parteien einberufenen Volksversammlung» teil. Höhepunkt waren die Grossratswahlen im Mai. In allen Einzelheiten geht der Bericht auf die damit verbundenen Anstrengungen, vor allem auch in den Sektionen, ein. Über die Bemühungen der KVP im Zusammenhang mit der Gründung eines Arbeitervereins war schon die Rede. Die Pausen «zwischen den politischen Waffengängen» (sic!) wurden mit Vorträgen ausgefüllt. Themen waren «Friedrich der Grosse», «Modernismus», «Basel am Vorabend der Revolution», «Wie Andersgläubige in den katholischen Kantonen behandelt werden». Erwähnt wird auch «das prächtig verlaufene Waldfest» im Spitzwald bei Allschwil. Grosses Lob erhalten die monatlichen Versammlungen der acht Sektionen samt ihren Familienanlässen.

Wie ernst die Sektionen ihre Aufgabe der politischen Meinungsbildung nahmen, beweist die «Vereinschronik» im BV. Beispiel sei der 24. Januar 1906. Einerseits war über das Subventionsgesuch der RKG an die Regierung zu berichten, andererseits standen Regierungsrats-Ersatzwahlen und Richterwahlen bevor. Die Corona des KV war für die Orientierungsversammlungen am Donnerstag, dem 25., und am Freitag, dem 26. Januar aufgeboten. Es sprachen Carl Gutzwiller in der Sektion Stadt und Steinen (in der Safranzunft), Ernst Feigenwinter im Männerverein Eintracht (im Spalenkasino), Dr. Niederhauser in der Sektion St. Alban (in der Frohburg Breite) und am Tag darauf im Männerverein Gundeldingen (Restaurant Habé-Ott), Dr. Kully im Männerverein St. Clara (im Basler Hof) und schliesslich Dr. Joos im Männerverein Horburg-Kleinhüningen (im Greifenbräu Horburg). Und jedesmal steht dabei: «Wir ersuchen unsere Mitglieder dringend um zahlreiches Erscheinen» oder eine ähnliche Formulierung.

«Diese Papstfeier der Basler Katholiken verdient mit goldenen Lettern in die Annalen unserer Gemeinde geschrieben zu werden.» (BV 8.12.1908) Die Kirchengesangchöre mit dem Orchester zählten allein etwa 200 Personen.

PROGRAMM:

1. **Krönungsmarsch** aus der Oper:
   »Die Volkunger« . . . von H. Kretschmer
   für Orchester.
2. »**Die Himmel erzählen**« aus der
   »Schöpfung« . . . . . von Haydn.
   für gemischten Chor und Orchester.
3. **Begrüssungswort** von Hochw. Herrn Pfr. **Döbeli.**
4. **Fest-Ouverture** in E-Dur . . . von Leutner.
   für Orchester.
5. »**Es ruht die Welt in Schweigen**« von Köllner.
   für gemischten Chor.
6. **Festrede** von Herrn Ständerat **A. Wirz.**
7. **Papsthymne** . . . . von Karl Gerok.
   Volksgesang mit Blechbegleitung.
8. **Alpensegen** . . . . . von Baldamus.
   für Männerchor und Orchester.
9. **Schlusswort** von Herrn **Dr. E. Feigenwinter.**
10. **Vaterslandslied** . . . . von Th. Gaugler.
    für Männerchor.

Die Gesänge werden ausgeführt durch
die vereinigten Kirchengesangchöre
von St. Clara, St. Maria und St. Josef.

Buchdruckerei **Basler Volksblatt,** Petersgasse 34.

Noch immer zeigte sich die KVP nicht als eigenständige, auf die kantonale und eidgenössische Politik konzentrierte Partei, sondern als Arm des KV, dessen man sich von Fall zu Fall bediente, deren Organe aber identisch waren mit jenen des KV, der wiederum getreues Glied der RKG war. Es sollte noch bis 1928 dauern, bis sich die Partei formell vom Verein emanzipierte.

25. Spannungen zwischen den Flügeln

Die Partei vereinigte unter dem Attribut «katholisch» Angehörige aller sozialen Schichten, vom Millionär bis zum Taglöhner. Dies zeigt sich deutlich im Parteiprogramm, zum Beispiel in jenem von 1911:

Für den Kapitalisten: Grössere Sparsamkeit auf allen Gebieten des Staatshaushalts und Vereinfachung desselben, inzwischen Verweigerung neuer Steuern und Steuererhöhungen.

Für den Kleinunternehmer: Bestrebungen zur Erhaltung des Mittelstandes und Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage.

Für den Arbeiter: Förderung aller sozialen Massnahmen in Bezug auf das Wohnungswesen.

Trotzdem gelang es nicht immer, alle Wünsche und Richtungen unter einen Hut zu bringen. Die Arbeiter sahen ihre Interessen zu wenig vertreten – sie gründeten den Arbeiterverein. Die Gefahr einer Aufsplitterung war greifbar. Unter anderen wehrte sich Dr. Kully gegen den neuen Verein. Er fand die Trennung der Arbeiter vom KV unnötig, «da dieselben laut ihren Statuten beinahe die gleichen Ziele verfolgen wie der Katholikenverein»[269]. Derselbe Dr. Kully wehrte sich aber auch drei Jahre später, als es um die Gründung einer Mittelstandsgruppe ging. Zu einer solchen Sektion wollten sich nämlich «eine Anzahl Handel- und Gewerbetreibende des Vereins» zusammenschliessen. Dr. Kully war darüber nicht erbaut. «Er fürchtet, dass wir dadurch unsere Mitglieder in zwei Lager spalten.» Nicht alle Delegierten waren aber derselben Ansicht. Dr. Abt begriff die Angehörigen des Mittelstands, «wenn sie sich zur Wahrung ihrer Interessen zusammentun». Allerdings müssten sie das Programm der KVP anerkennen und deren Mitglieder bleiben. Auch Redaktor Auf der Maur befürchtete «eine Zerstörung der jetzigen Organisation» und stellte den Antrag auf Kommissionsberatung, was auch beschlossen wurde[270]. Im April des folgenden Jahres wurde an der Delegiertenversammlung vom 2. April 1912 mitgeteilt, dass die Gewerbegruppe als nicht selbständige Sektion dem KV angehöre.

Nur kurze Zeit später kam diese Polarisierung auch im Grossen Rat zur Sprache, im Zusammenhang mit der Baurechtsfrage. Es waren Regierungsrat Speiser und der Sozialdemokrat Johannes Frei, welche die Existenz zweier verschiedener sozialpolitischer Richtungen innerhalb der katholischen Fraktion hervorhoben. Am 27. April 1912 versuchte das BV das Dilemma zu erklären und zu verteidigen:

«Dass sich nun in unserer Grossratsfraktion Leute verschiedenen wirtschaftlichen Interesses unter dem gleichen Banner vereinigen, ist nach unserer Ansicht ein Ruhm für dieselbe, denn dieser Umstand beweist eben, dass höhere Gesichtspunkte dieses politische Gebilde zusammenhalten.

Allerdings kann dies dann freilich bei Behandlung wirtschaftlicher Fragen, wo die Interessen der Masse, die im Genossenschaftswesen ihre Zuflucht sucht, und jener, die vor der genossenschaftlichen Flut sich flüchten müssen, kollidieren, zu Unzukömmlichkeiten führen. Und diese muss man eben durch möglichste Wahrung eines der Allgemeinheit frommenden Standpunktes zu beseitigen trachten. Es wird wahrhaftig heutzutage soviel Klassenpolitik betrieben, dass man nicht noch auf jene Leute Steine werfen sollte, die dieser Taktik aus dem Wege gehen. Von den Sozialdemokraten, die nur für einseitige Interessen zu sorgen haben und aus jeder abweichenden Haltung einer andern Partei Kapital schlagen, ist das zwar zu begreifen. Weniger von den bürgerlichen Parteien. Ausnehmen möchten wir hier höchstens die liberalen Herrschaften. Die Millionäre aus dem St. Albanquartier können in solchen Dingen so sozialdemokratisch sein wie die Sozialdemokraten. Sie ertragen es leicht. Für sie ist der Tribut, den sie von ihrem grossen Haufen den modernen sozialen Forderungen zum Opfer bringen, nichts weiter als eine Versicherungsprämie für die Hauptsache, den sichern Besitz nämlich ihrer grossen Vermögen. Was da flöten geht, wird ja durch eine einzige geschickte Kapitalanlage zehnfach wieder eingebracht.

In so bequemen Schuhen stecken eben die kleinen Leute der kathol. Volkspartei nicht, verehrte Herrschaften! Weisen Sie uns nicht auf Gregor Stächelin hin. Zu der kathol. Grossratsfraktion gehört noch eine Reihe kleiner Leute, die die Repräsentanten der Hälfte unserer Parteigenossen sind, die sich aus dem kleinen und kleinsten Mittelstande rekrutieren und in erster Linie den Stoss des modernen Genossenschaftswesens auszuhalten haben.

Hat da die Fraktion nicht eine eigentliche Pflicht, beiden in ihr verkörperten Richtungen Rechnung zu tragen, selbst in einem Falle, wo sie es wirklich nur mit schwerem Herzen tut und genau voraussieht, dass man wieder mit den billigsten Schlagworten über sie herfällt, um sie, wenn möglich im eigenen Lager, unpopulär zu machen.

Freilich wird sie das nicht davon abhalten, auch in Zukunft eine gute Mittellinie als ihre Marschroute zu betrachten. Das ist und bleibt im Interesse der Allgemeinheit, ganz gleichgiltig, ob es gegenwärtig Mode ist oder nicht.»

Wie sich solche internen Flügelkämpfe aus dem Blickwinkel von Gregor Stächelin ausnahmen, dazu besitzen wir seine «Erinnerungen». Er äussert sich dazu folgendermassen:

«Die katholische Volkspartei war im Prinzip allerdings konservativ und gegen den Freisinn oppositionell, sie hatte es aber für sich vorteilhaft gefunden, die Beutefeldzugspolitik (darunter versteht Stächelin die Tendenz der Parteien, als Folge des Proporzes allen Wählergruppen Versprechungen zu machen, M.) der andern Parteien ebenfalls mitzumachen, um nicht an Wählern zu verlieren. Das veranlasste mich, weil diese Politik

mir nicht richtig schien, den Standpunkt sämtlicher Bürger (sic!) des Staates zu vertreten. Allerdings machte die Zusammensetzung der Partei meiner oft streng oppositionellen Haltung manchmal Schwierigkeiten. Die katholischen Wähler rekrutierten sich aus den verschiedensten Elementen, aus Handwerkern, Mittelständlern, Akademikern und Kapitalisten, vorherrschend aber aus Arbeitern. Da aber in der Staatspolitik die wirtschaftlichen Fragen mehr und mehr in den Vordergrund traten, hielt es schwer, diese verschiedenen Gruppen unter denselben Hut zu bringen. Namentlich nahm ich Anstoss an den Befürchtungen meiner Fraktionskollegen, wir könnten es mit den Arbeitern verderben. Trotz aller Anfeindungen nahm ich dennoch konsequent den Standpunkt ein, dass Staats-Arbeiter, Angestellte und Beamte auf Kosten des Ganzen im Begriffe seien, sich zu weitgehende Vorteile zu sichern, und dass man diesen Bestrebungen im Interesse des Gesamtwohls und eines geordneten Staatshaushaltes entgegentreten müsse. Ich machte schon damals darauf aufmerksam, dass eine solche Politik der wirtschaftlichen Aushöhlung der produktiven Kraft des Staates zum Ruin führen müsse. Den Führern der Volkspartei war meine Haltung zu schroff; sie hätten mir gerne bei den jeweiligen Neuwahlen den Laufpass gegeben. Ich wurde aber durch Zuzug aus den Kreisen des Handwerker- und Gewerbestandes mehrmals wiedergewählt, und hielt es für meine Pflicht, als unerschrockener Verfechter der Opposition gegen die allgemeine Tendenz, den Staatshaushalt zu ruinieren, auszuharren.»

Aber, so berichtet Gregor Stächelin weiter, «ich wurde im Schosse der Partei mit steigender Heftigkeit angegriffen, so dass ich mich im Jahre 1920 im Interesse der Wahrung meiner Überzeugung entschloss…, mich der Bürger- und Gewerbepartei anzuschliessen.»

Dort blieb Gregor Stächelin als Grossrat bis zu seinem Tod 1929.

«In Wahrung meiner Überzeugung»: Hier ist es nicht mehr die religiöse Überzeugung, die Treue zu Kirche und Papst, welche für die politische Entscheidung massgebend ist, sondern rein wirtschaftliches Interessedenken. Die Religion hat ihre Kraft als Klammer von wirtschaftlich gegensätzlichen Ansichten verloren. Dasselbe gilt auch für den Führer der jungen Bürger- und Gewerbepartei – sie wurde 1911 als «Fortschrittliche Bürgerpartei» gegründet –, für den Advokaten Emil Peter. Dieser war von 1897–1903 Präsident der RKG und hatte seine politische Lehrzeit in der KVP absolviert.

26. Beziehungen zu den Schweizer Dachorganisationen

Seit dem Beitritt von Ernst Feigenwinter bemühte sich der KV immer wieder um den Anschluss an ähnliche regionale oder nationale katholische Organisationen. Regional hiess dies gemeinsame Anlässe mit den Männervereinen des Birsecks und des Laufentals. Auf nationaler oder wenigstens deutschschweizerischer Ebene war das schwieriger, weil solche Zusammenschlüsse noch gar nicht erfolgt waren oder dann nur kurzlebigen Charakter hatten. Nach dem Sonderbundskrieg folgte nach 1847 auf katholischer Seite

eine Phase der Resignation. Neben dem unpolitischen Piusverein (1857 gegründet) profilierte sich im Kulturkampf immerhin die katholische Presse. Innerhalb der Katholiken zeichneten sich, nach Altermatt, drei politische Richtungen ab:

- Die Innerschweizer. «Aristokratische Hochgeier, Schmerbäuche, Couponabschneider» titulierte sie das BV[272].
- Die Konfessionalisten (Freiburg, Wallis), zu denen auch die sozialpolitisch fortschrittlichen Basel und Zürich gehörten.
- Die «Junge Schule», Leute aus dem Studentenverein wie der erste katholische Bundesrat Zemp: versöhnlich.

Feigenwinter trat gewissermassen die Flucht nach vorne an und war bei Gründungen selber beteiligt. Am 18. Juli 1881 konstituierte sich in Luzern die «Konservative Union»[273]. Über sie referierte Feigenwinter, damals 28jährig, an der Monatsversammlung vom 21. September. Der Präsident Peter Leuthardt stellte den Antrag auf Beitritt, «umsomehr weil ja hauptsächlich wir Katholiken nur Gutes und Erspriessliches von genannter, nur aus Ehrenmännern, wie unter anderen Herrn Dr. Feigenwinter bestehenden Conservativen Union zu erwarten haben, aus Männern, deren Wirken und Streben einzig dahin gehe, die menschliche Gesellschaft in jeder Hinsicht wieder auf ein gesundes Geleise zu bringen», heisst es etwas umständlich im Protokoll. Der Anschluss wurde einstimmig beschlossen. Doch war diese Gründung ein Misserfolg, genau wie die Gründung einer Schweizer Katholischen Volkspartei 1894. Auch hier wurde umgehend der Beitritt beschlossen[274]. Anlass der Gründung war ein Angriff auf den Bundesstaat durch die sogenannte «Beutezugs-Initiative», welche die Zölle zum Teil in die Kantone leiten wollte. Dahinter standen Beck und Ulrich Dürrenmatt[275]. Doch scheint die neue Partei kaum neue Impulse entwickelt zu haben, denn anders lässt sich eine Resolution, welche der Fürsprech Julius Beck, der Bruder Josefs, am 21. April 1895 dem KV vorschlug, kaum interpretieren: «Der KV Basel ersucht den Vorstand der Kath. Volkspartei, in Bälde eine Delegiertenversammlung zu veranstalten, damit eine klare und einheitliche Stellungnahme der konservativen Katholiken der Schweiz zu den schwebenden Tagesfragen erzielt werde.» Eine solche Stellungnahme, allerdings gleichzeitig die letzte, lag vor für die «wichtigste politische und sozialpolitische Frage seit der Bundesverfassung von 1874», den sogenannten Eisenbahnrückkauf, über den im Februar 1898 abgestimmt werden sollte[276]. Die Sache war derart bedeutend, dass der KV am 23. Dezember 1897 dazu eine Resolution fasste. Diese ist auch deswegen interessant, weil sich der KV hier zum erstenmal, und lange vor 1905, «Katholische Volkspartei Basels» nannte:

«Die Kath. Volkspartei Basels

in Erwägung

1. dass die überwältigende Mehrheit der Delegierten der Schweiz. Katholischen Volkspartei die Verwerfung des Eisenbahnrückkaufs empfohlen hat und dass wir es als unsere Pflicht erachten, möglichst einmütig zur Fahne unserer Partei zu stehen,
2. dass der Eisenbahnrückkauf grosse politische Gefahren für unser Land in sich birgt (wegen der ungeheuren Schuldenlast des Bundes, der Vermengung von Wirtschaft

und Politik und weil er der herrschenden Partei auch die Herrschaft über die Bahn bringt usw.), beschliesst

1. Das Referendum ist kräftig zu unterstützen,
2. Es ist auf eine Verwerfung der Vorlage hinzuarbeiten...»

In der Volksabstimmung am 20. Februar 1898 sprach sich aber eine grosse Mehrheit des Schweizervolkes für die Annahme des Gesetzes aus. Über die Folgen schrieb das BV ahnungsvoll: «Für die konservative Partei, vorab für die Katholiken aber war es eine eminent politische Frage, und es wird Mühe kosten, bis man sich nach dieser Schlappe wieder gefunden und gesammelt haben wird.»[277]

Tatsächlich bedeutete der Abstimmungsausgang das Ende der 1894 gegründeten Schweizerischen Partei.

«Um die Jahrhundertwende fehlte im katholisch-konservativen Lager jegliche Führung, zumal die Fraktion selbst in den meisten Fragen gespalten war. Im Grunde trieb jede Kantonalpartei mit Hilfe ihres Presseorgans eine Politik auf eigene Faust», schreibt Altermatt[278].

Fühlung mit andern, gleichgesinnten Kantonalparteien hielt der KV durch den 1887 gegründeten Verband der katholischen Männer- und Arbeitervereine VMAV. Doch auch dieser verlor um 1903/04 seinen inneren Zusammenhalt, denn unterdessen war der christlichsoziale Zentralverband gegründet worden. Als «Katalysator der katholischen Einigung» (Altermatt)[280] wirkte sich der 1903 stattfindende erste schweizerische Katholikentag in Luzern aus. Die historische Bedeutung dieses Tages «lag in der erstmaligen und imposanten äusseren Manifestation und Demonstration der schon lange angestrebten inneren ‹Einheit und Geschlossenheit› des kirchentreuen und in Vereinen organisierten katholischen Schweizervolkes. Es war die erste gesamtschweizerische Volkstagung, an der alle katholisch-konservativen Gruppierungen vom Episkopat über die Fraktion bis zum Studentenverein teilnahmen.» (Altermatt)[281] Dieser Katholikentag beschäftigte auch die Delegiertenversammlung des KV vom 4. September 1903[282]. Es ging um einen eventuellen Extrazug und um die Frage, ob man auch die Frauen einladen solle. «Nach lebhafter Diskussion wird der Antrag des Herrn In Albon angenommen, es seien die Frauen auszuschliessen.»

Als Folge dieses Katholikentages fanden zwischen den beiden grossen Zentralverbänden der deutschen Schweiz, dem VMAV und dem Schweiz. Katholikenverein (ehemals Piusverein), Fusionsgespräche statt, welche in der Konstituierung des Schweizerischen Katholischen Volksvereins gipfelten (16. Mai 1905). Damit war auf Vereinsebene eine zentrale Organisation geschaffen. Was fehlte, war die Einigung auf Parteiebene.

Diese liess auf sich warten, was mancherorts zu Ungeduld Anlass gab. So reichte die Sektion Gundoldingen «betr. Gründung einer sozialen katholischen Partei der Schweiz» eine Motion ein, welche am 17. Juni 1907 an einer Sitzung des Central-Comités behandelt wurde[283]. Man war der Ansicht, «dass bereits vom Schweiz. Volksverein Schritte zur Erreichung dieses Zweckes getan worden seien».

Das Ergebnis musste allerdings erdauert werden – bis zum Jahre 1912. Am 22. April fand in Luzern der Gründungsparteitag statt, an welchem der spätere Bundesrat Etter neben anderen Honoratioren auch den «grauen Führer der Basler Katholiken Dr. Feigenwinter» erspähte, wie er 50 Jahre später berichtete[284]. Eine heftige Debatte entspann sich über der alten Frage: «Soll die neue Partei katholisches oder interkonfessionelles Gepräge erhalten? Soll sie mehr das konfessionell-katholische oder das politisch-konservative Moment betonen?» (Altermatt)[285]. Schliesslich einigte man sich auf den Namen «Schweizerische Konservative Volkspartei».

Auch in der Basler KVP wurde die Frage diskutiert, wie das Protokoll vom 2. April 1912 meldet: «In Bezug auf die Titelfrage wurden aus der Versammlung mehrere Stimmen laut, die sich für den Titel ‹Schweiz. Katholische Volkspartei›, im Gegensatz zu dem offiziell vorgeschlagenen Titel ‹Schweiz. Konservative Volkspartei›, aussprachen. Die Diskussion endete aber damit, dass sich die Delegiertenversammlung entschloss, aus der Namensgebung keine Kabinettsfrage zu machen.» Dr. Niederhauser, der offenbar eine rückschrittliche Politik befürchtete, fand, «das Wort ‹konservativ› (soll) nicht zur Auslegung der Parteigrundsätze und Erweiterung derselben dienen». Sein Antrag wurde aber abgelehnt. Im weiteren billigte man die Statuten der neuen Partei.

Diese stand bald vor ähnlichen Problemen wie der KV Basel schon früher: Arbeiter, mittelständisch-gewerbliche Gruppen und, da die Ebene national war, die Bauern machten Sonderinteressen geltend. Aber da die Gliederung der Partei föderalistisch-autonomistisch war und die Kantonalparteien und Verbände nur in den weltanschaulichen Fragen gebunden waren, gelang es, die wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze auszugleichen. Oder, wie der Basler Historiker Emil Dürr[286] formulierte: «Die grosse Tragkraft und die letzte Bindung im katholischen Lager ruht in der Religion. Von Verwirtschaftlichung ist hier keine Rede.»